

Posener Zeitung.

Das Abonnement
für das am Ausnahme der
Sondage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Insätze
(4 Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden
für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittag angenommen.

Amtliches.

Berlin, 24. April. Se. R. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Altersnäidigt geruht: Die Kreisrichter Grüpmacher zu Schlawe und Neimer zu Dramburg zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen; so wie den seitherigen unbedeckten Beigeordneten der Stadt Merseburg, Karl Moritz Karlstein, der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernere weite sechsjährige Amts dauer zu bestätigen.

Am Gymnasium zu Stralsund ist dem Oberlehrer Dr. v. Gruber das Prädikat „Professor“, und dem ordentlichen Lehrer Dr. Mizze der Titel „Oberlehrer“ beigelegt; an der Realschule zu St. Johann in Danzig die Anstellung des Dr. Lauter; so wie an der Realschule zu Mülheim a. d. Ruhr die des Schulamtskandidaten Prinz hause; und an der Realschule zu Steinfurt die des Kollaborators Most als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Se. R. H. der Prinz Albrecht von Preußen ist nach Dresden abgereist. Abgesehen: Der Fürst Heinrich XI. v. Pleß, nach Breslau; der General-Major und Director des Allgemeinen Kriegsdepartements, v. Voigts-Rhez, nach Essen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Montag 23. April, Abends. Der Finanzminister Baron v. Bruck ist heute Nachmittag 5 Uhr 10 Minuten entschlafen. (Er war in verwischter Nacht plötzlich erkrankt. Der Reichsrath Plener ist mit der interimistischen Leitung des Finanzministeriums betraut.)

Dresden, Montag 23. April, Nachmittags. Das „Dresdner Journal“ giebt die offizielle Versicherung, daß Veränderungen im Ministerium nach keiner Seite und nach keiner Richtung bevorstehen. Das Journal dementirt auch die Insinuation der „Preußischen Zeitung“, es habe sich gegen eine Unterstützung der Schweiz ausgesprochen.

Madrid, Sonntag 22. April. Man versichert, daß der Senat über die Verschwörung aburtheilen werde. (Gingegen 24. April 8 Uhr Vorm.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 23. April. [Die savoyische Frage; deutsche Vermittelungspolitik; Aspekte der Heeresvorlagen.] Die Gründungen, welche jüngst Lord John Russell über den Stand der savoyischen Frage gemacht hat, erscheinen nicht mehr geeignet, die Hoffnung zu bestärken, daß den napoleonischen Annahmen von Seiten der europäischen Mächte ein erheblicher Widerstand entgegen treten werde. In Betreff Russlands berichtet der britische Minister, daß Fürst Gortschakoff die Abmachung zwischen Frankreich und Sardinien ganz in der Ordnung finde. Desstreit sucht durch gleiche Passivität die Gunst Frankreichs zu gewinnen, und so kann man wohl schon im Voraus wissen, daß auch die Konferenz, wenn sie zu Stande kommen sollte, zu keinem bemerkenswerthen Ergebnis führen wird. Der einzige Gewinn der so langwierigen Unterhandlungen ist, daß wenigstens Preußen jeden Verdacht irgend eines Einverständnisses mit den Plänen Napoleons abgewendet und damit für seine zukünftige Stellung den Boden rein gemacht hat. — Mit vieler Beständigkeit erhält sich das Gericht, daß der Besuch des Königs von Sachsen vor Allem den Zweck habe, eine Verständigung zwischen Preußen und seinen deutschen Gegenfühlern in Betreff der beim Bunde schwedenden Angelegenheiten anzubahnen. In oberster Linie stehen die kurhessische Frage und der Antrag auf Revision der Bundeskriegsverfassung. Bis jetzt ist nicht erkennbar, daß man ein aufrichtiges Entgegenkommen gegen Preußen beabsichtigt, da die Bundesmehrheit in beiden Angelegenheiten schwarztrakt auf die Verneinung der preußischen Auffassung hat. Über die Revision der Bundeskriegsverfassung hat der Militärausschuss nunmehr auch sein Urtheil gegeben, welches die preußische Vorlage einfach befeitigt (s. gestr. 3tg.) und die Bundeskriegsverfassung als einer Reform nicht bedürftig erklärt; es läßt also kaum noch etwas Gutes hoffen, wenn nicht etwa Desstreit plötzlich die Lösung zum Einlenken austheilt. Doch dazu scheinen die Dinge noch nicht reif zu sein. — Die Regierung hat in halbsoffiziellem Weise erklären lassen, daß es keineswegs in ihrer Absicht liege, die Heeresvorlagen zu modifizieren oder gar zurückzunehmen. So kann hinzufügen, daß man in Regierungskreisen die Aspekte für die Sache gar nicht so ungünstig findet, wie sie in manchen Blättern dargestellt werden. Man hält sich überzeugt, daß der Landtag die Mittel zu einer kräftigen Gestaltung der preußischen Wehrmacht nicht verfügen werde, und sieht ohne Unterlaß alle Vorbereitungen fort, um die neue Organisation baldigst in das Leben treten zu lassen.

AD Berlin, 23. April. [Ministerial; vom Hofe; Austräge auf Eisenbahnen; Probe.] Gestern Mittag fand im königl. Schlosse, unter dem Vorste des Fürsten von Hohenzollern, ein Ministerial statt, der eine längere Dauer hatte und dem später auch der Prinz-Regent beiwohnte. Die Minister v. Auerswald und v. d. Heydt waren, durch Krankheit verhindert, nicht zugegen. Der Minister v. d. Heydt, der gestern noch das Bett hütete, ist heute wiederhergestellt und auch der Minister v. Auerswald hat heute bereits nach etwa 8 Tagen dem Prinz-Regenten wieder Vortrag gehalten. Außerdem nahm der Prinz-Regent heute Vormittag die Vorträge der Geheimräthe Costenoble und Ziller entgegen und konferierte alsdann mit dem Fürsten von Hohenzollern und dem Minister v. Schleinitz. Mittags hatte der Gouverneur von Finnland, General v. Berg, die Ehre des Empfanges. In letzter Zeit sind wiederholt hohe russische Offiziere hier gewesen, welche von Prinz-Regenten empfangen wurden. — Gestern Abend

wohnte die Frau Prinzessin von Preußen der Versammlung in der Singakademie bei, welche das evangelische Johannisstift unter Wichern's Leitung daselbst veranstaltet hatte. Die hohe Frau schien sich für den Vortrag des Dr. Wichern, in welchem er über die bisherige Wirthschaft des Vereins und seine Ausdehnung Mittheilung mache, lebhaft zu interessiren. — Der Director der Fabrik für Eisenbahnbetrieb, Regierungsrath a. D. v. Ulrich, welcher vor einigen Tagen in Angelegenheiten dieser Aktiengesellschaft nach Paris reiste, ist jetzt von dort hierher zurückgekehrt und hat Bestellungen für russische Bahnen im Werthe von 4 Millionen Fr. mitgebracht. Seitdem herrscht in der Fabrik ein reches Leben und natürlich sind auch die Aktien in die Höhe gegangen. Die für die russischen Bahnen bestellten 200 Personen- und 300 Güterwagen müssen binnen Jahresfrist abgeliefert werden. Außerdem hat aber diese Fabrik noch mehrere andere Bestellungen auszuführen und müssen hergestellt werden: für die österreichische Elisabethbahn 50 Stück Wagen; für die Magdeburg-Halberstädter Bahn 30 Stück offene, hochwändige Lowries; für die Hamburger Bahn 50 Stück Personen- und Güterwagen; für die Hamburger und Glogauer Bahn 10 Stück Postwagen und für die Königsberg-Gydruhner Bahn 8 Personen- und 6 Packmeisterwagen. Mehrere Eisenbahnwagen stehen schon vollendet da, sind jedoch noch nicht abgenommen worden; unter denselben befindet sich ein höchst brillant ausgestatteter Salonwagen für die Gydruhner Bahn, den der Handelsminister v. d. Heydt in Augenschein nehmen will, bevor er nach seinem Bestimmungsort abgeht. — Heute stand der ehemalige Küster und Hofkalligraph Schulze wegen Wechselseitigkeiten vor den Geschworenen. Da etwa 150 Fälle zur Anklage gestellt sind, so bleiben drei Tage zur Verhandlung reserviert. Der Angeklagte hat dies Wechselseitigkeitsgeschäft in großartigem Maasse betrieben und sich dabei der Namen von hochgestellten Persönlichkeit bedient. Eine große Menge von Zeugen war heute vorgeladen, darunter auch mehrere Beamte unseres Hoftheaters. Bekannt ist, daß Schulze auch den Namen des Generalintendanten gefälscht hat. Der Angeklagte ist hier eine bekannte Persönlichkeit, da er sich die Mitgliedschaft aller patriotischen Vereine zu erwerben wußte. Als Küster war er zugleich Fabrikant von künstlichen Wassern und Zahntinkturen etc.; früher gab er auch in mehreren Anstalten Schreibunterricht, mußte aber entlassen werden, da er nicht Disziplin zu halten wußte.

[Preußische Cirkulardepeche.] Die „Frankfurter Postzeitung“ bringt aus einer angeblich vor wenigen Tagen an die Vertreter Preußens bei den deutschen Höfen von hier aus ergangenen Cirkulardepeche, in welcher nochmals in eingehender Weise die Vorschläge Preußens in Bezug auf die Abänderung der Bundeskriegsverfassung beleuchtet und zugleich die Einwendungen, welche gegen diese Vorschläge erhoben worden sind, ins Auge gefaßt werden, folgenden Auszug: Vor Allem will die Depeche die Grundlosigkeit des Mithrauen, welches sich an die preußischen Vorschläge geknüpft habe, nachweisen. Auch wird auf den Ernst der Lage der Dinge mit dringender Mahnung hingewiesen. Die Doppelleitung der Streitkräfte durch Desstreit und Preußen wird in der Depeche mit Entschiedenheit für eine gebietsertheilte Notwendigkeit erklärt und ein besonderes Gewicht auf das rasche Zusammenfassen der gesammten deutschen Wehrkraft in Folge des sofortigen Anschließens der Streitkräfte der mittleren und kleineren deutschen Staaten an die Heere Preußens und Desstreits in einem konkreten Falle gelegt. Mit Nachdruck wird ferner hervorgehoben, daß Preußen mit seiner Gesamtmaßnahm für die Sicherheit Deutschlands eintreten werde. Die Bundeskriegsverfassung, wie sie vorliege, enthalte aber keine Bestimmungen für diesen Fall. Eine Abänderung der organischen Bestimmungen derselben sei daher unabsehbar. Einem Wahlbundesfeldherrn würde Preußen unter keiner Voraussetzung seine Gesamtmacht anvertrauen. Es erkläre dies fest und unumwunden. In der Cirkulardepeche wird auch auf die außerordentlich rege Theilnahme, welche diesem so belangreichen Gegenstande seitens des Prinz-Regenten zugewandt wird, Bezug genommen. Die Vertreter Preußens werden schließlich aufgefordert, Alles aufzubieten, um „diese für das gesamme deutsche Vaterland bedeutungsschwere Angelegenheit ihrerseits zu fördern und der Auffassung des preußischen Kabinetts bei den deutschen Regierungen, welche abweichende Anschaunungen hegen, eine volle Würdigung zu verschaffen.“

Wolgast, 21. April. [Meicher Heringssang.] An den Küsten Mügens wird eine solche Unmasse von Heringen gefangen, daß der Fisch fast keinen Werth mehr hat. Man zählt ihn nicht etwa nach Laufenden, sondern verkauft ihn bootweise. Gestern erzählte ein Fischer aus Thisow, daß der Scheffel Tages vorher drei Pfennige gegolten habe. In Folge des überreichen Fanges ist hier der noch nie dagewesene Fall eingetreten, daß das königl. Salzmagazin mit Heringssalz schon seit fünf Tagen nicht mehr versorgt ist. So ungern die Fischer wollen, sie müssen sich mit grobem Kochsalz begnügen, welches bekanntlich bei Weitem nicht die Schärfe des St. Ursula-Salzes hat. Hier am Orte werden bei drei bis vier Meilen Transport hundert Stück Heringe für zwei Sgr. verkauft. (Pomm. 3.)

Desstreich. Wien, 21. April. [Judenfeindliche Agitation in Galizien.] Die „Ostd. Post“ hat aus Rzeszow in Galizien folgendes Schreiben erhalten, das mit dem aus Bielitz mitgetheilten Hirtenbriefe (s. N. 94) in Verbindung steht: „In den abgelaufenen Osterfeiertagen machte der Pfarrer Illinski die Allerhöchste Verordnung, wonach den Israeliten gestattet wurde, ohne vorhergegangene befohlliche Bewilligung christliche Dienstboten zu halten, zum Gegenstande seiner Predigt. Dieselbe begann ihren eigentlichen politischen Inhalt mit folgenden Worten: „Die kaiserliche Regierung gestattet den Juden, christliche Dienstboten zu halten, die Kirche jedoch verbietet dieses.“ Hierauf verbreitete sich die Rede über die Verworrenheit der Juden und deren Unvorsichtigkeit, daß ein Christ sich ihnen näherte: „Den Juden soll von den Christen in

keinem Halle Beistand, in keiner Noth Hilfe geleistet werden. Wer bei einem Juden in Dienste steht und mit ihm unter einem Dache wohnt, wird von der katholischen Kirche geächtet. Einem solchen Christen wird kein Sakrament gespendet, sein Leichnam wird wie der eines Selbstmörders begraben. Die Kirche zieht ihren Segen von ihm zurück und verflucht ihn u. s. w.“ In ähnlichen Sinne ist auch in anderen Kirchen dieser Diözese aus Anlaß des Hirtenbriefes, welchen der zum Erzbischof ernannte hochwürdige Bischof von Przemysl, Herr v. Wierczlejsky, publizierte, während der Osterpredigt worden: „Der Jude soll und darf keine Schule unserer heiligen Erde besuchen, er soll von euch nicht ein einziges Ackerbrot erhalten, es soll ihm kein Körnchen eurer Ernte geborgt oder verkauft werden, ihr sollt ihm in keiner Weise behelflich sein, daß er christlichen Grund und Boden benötige oder gar besitze, ihr sollt besonders bei ihm weder eiseln noch arbeiten, ihr sollt euch ganz von den Juden zurückziehen u. s. w.“ Auch auf die Gefahr hin, bemerkt die „Ostd. Post“ zu diesen Schreiben, von gewissen Seiten als „Judenblatt“ verhöhnen zu werden, halten wir es für unsre Pflicht, die Thatsachen zur Kenntniß zu bringen. Auch in der sehr bedecklichen Angelegenheit, die uns heute vorliegt, ist es nicht der konfessionelle Streit, der uns präoccupiert, sondern die Frage der öffentlichen Sicherheit für hunderttausende von Menschen, die nun einmal, man mag sie hassen oder lieben, Unterthanen des Staates sind, und die den vollen Anspruch auf den Schutz der Behörden haben. Es ist nicht zu verkennen und man macht in den Regierungsregionen sich gewiß keine Illusionen darüber, daß Neuerungen der oben bezeichneten Art, mit alter Autorität der Kirche von der Kanzel herabgesleudert, die bürgerliche Bevölkerung Galiziens, deren Bildungsgrad und Begriffsclarheit ohnehin nicht auf einer gebildeten Stufe stehen, in einem für die öffentliche Ordnung bedrohlichen Grade fanatisieren müssen. Der Hass, der hier gepredigt wird, wirkt eine gefährliche Fackel in die Mitte von Bevölkerungsklassen, welche durch zwingende Verhältnisse angewiesen sind, im steten regen Verkehr zu leben. Der aufgestachete Fanatismus, wer kann seine Grenzen bestimmen? Wir haben vor etwa 15 Jahren gesehen, zu welcher grausamen Energie der Hass der galizischen Landbevölkerung sich steigern kann. Jeder ruhige Beobachter wird zugestehen, daß Religion und Kirche noch gewaltigere Faktoren sind, um die Eidenchaften der Menge zu entzünden. Fern sei von uns, instinkt zu wollen, den Hirtenbrief des Przemysler Kirchenfürsten oder die Prediger in seiner Diözese wollen aufzurufen über die ihnen zunächst liegenden Zwecke hinausgreifen. Aber indem sie mit so drastischen Mitteln für die Errreichung dieses Zwecks wirken, wird eine gefährliche Saat ausgestreut, welche, wenn sie erst Wurzel fasst, zu ganz anderen Dingen führen kann, als zur Enthaltsamkeit vom Dienste in jüdischen Häusern und auf jüdischen Weihhäusern.

Baden. Karlsruhe, 22. April. [Die Regelung der Kirchenfrage; Angriffe gegen das neue Ministerium.] Es lag seither in der Absicht der Regierung, den gegenwärtigen Landtag kommenden Herbst zu einer außerordentlichen Session einzuberufen und ihm dann die in Betreff der Kirche verheissenen Vorlagen zu machen. Neuerdings soll nun diese Absicht wieder aufgegeben und dagegen im Plane sein, noch vor Abschluß der ordentlichen Session, also schon in den nächsten Wochen, mit der Veröffentlichung jener Zusagen hinzutreten. Eine Spezialkommission, gebildet aus Lamoy, Probstinari, Walli u. A., ist mit den Vorarbeiten beauftragt. Die Mehrzahl neigt sich, dem Vernehmen nach, dahin, den Grundsatz der Freiheit und Selbständigkeit beider christlichen Kirchen durch einen Verfassungsparagraphen anzuerkennen, die durch das Staatswohl etwa gebotenen Grenzen aber in besonderen Gesetzen festzustellen. Durch eine unbedingte Anerkennung der Selbständigkeit der katholischen Kirche würde dieselbe nicht nur der Sache nach mehr erreichen, als mittelst der abgeschlossenen Konvention, sondern auch einen gesicherten Rechtsstand insofern erhalten, als im Grunde jedes beschrankende Gesetz dem anerkannten Prinzip der Verfassung zu widerlaufen würde, und endlich die allenfallsigen Versuche, verfassungsmäßige Rechte später wiederum schmäler zu entziehen oder mit dem Staatswohl in Einklang setzen zu wollen, unter allen Umständen erschwert erscheinen. Ohne dem Prinzip der Selbständigkeit der Kirche irgendwie entgegenzutreten, wird es daher bei der verfassungsmäßigen Feststellung immerhin nötig sein, sofort auch der staatlichen Selbständigkeit zu gedenken und die Regelung der beiderseitigen Gebietsgrenzen der staatlichen Gesetzgebung vorzubehalten. Die selbständige Organisation der evangelischen Kirche soll, als weniger dringlich, späterer Ordnung vorbehalten bleiben. — Unser neuen Regierung fehlt es nicht an Anfeindungen. Mit richtigem Instinkt erfolgen dieselben meistens aus dem sogenannten österreichischen Lager. Eines sei jedoch zu bemerken gestattet: die hochherigen Entschlüsse des Großherzoges haben mehr als alles Andere dazu beigetragen, der nordischen Großmacht, als des natürlichen Stützpunktes freiheitlicher Regung, wiederum freundlicher zu gedenken. Schon erinnert man sich mit geringer Befriedigung des badischen Volks in der kurhessischen Frage, und wäre dasselbe heute abzugeben, so ist kein Zweifel, Baden würde in der Wahrung verfassungsmäßiger Rechte, was sein Theil angeht, hinter Preußen nicht zurückgeblieben sein. (Pr. 3.)

Bretten, 20. April. [Die Grundsteinlegung zum Melanchthon-Denkmal] und die damit verbundene kirchliche und weltliche Feier ist gestern an dessen 300jährigem Todesstage nach Maßgabe des bereits früher veröffentlichten Programms vor sich gegangen.

Bremen. 22. April. [Beherzigenswerthe Mahnung.] Die „Weserzeitung“ jagt sehr richtig in einem Leitartikel: Daß man den Teufel nicht an die Wand malen solle, scheinen die guten Sachen nicht zu bedenken, welche gegenwärtig damit beschäftigt sind, Preußens guten Ruf durch wohlwollende Aussprungen und Andeutungen zu untergraben. Wenn man ihnen glauben dürfte, so befänden sich die mittleren und kleineren deutschen Staaten schon heutzutage an dem Rande jenes Mediatifirungsbegründes, in welchen vor einem halben Jahrhundert mit sanfter Nachhilfe der Größeren so manche Länder und Ländchen des heiligen römischen Reichs gestürzt sind. Preußen, so giebt man uns zu verstehen, brütet über unheilschwangeren Plänen, Abtreten der Rheingrenze an Frankreich und Schadloshaltung für dieses Opfer durch Einverleibung einiger bequem gelegenen Bundesstaaten in Mittel- und Norddeutschland. Und die sächsische Presse ist es, wie gesagt, welche diesen Mediatifirungsteufel an die Wand malt. Die Leute fühlen sich augenscheinlich vollkommen sicher. Sie

würden sich sonst wohl hüten, das Gespräch auf so unheimliche Gegegenstände zu bringen. Sie sind tapfer gegen Gepenster, weil sie selbst nicht daran glauben. Und am Schluss: Alle diejenigen also, denen daran gelegen ist, daß Preußen bei seinem Systeme der bloß moralischen Eroberungen bleibe, haben die gegründetste Ursache zu wünschen, daß das Berliner Kabinett in den Gesinnungen der Rechtschaffenheit, welche es bisher behält hat, beharre, und daß es auf seinen deutschen Beruf einen möglichst hohen Werth lege. Sonderbar genug, sind es gerade die, welche Gott täglich auf den Knien bitten sollten, Preußen tugendhaft und deutsch zu erhalten, gerade diese sind es, welche seine Tugend verdächtigen und ihm seinen deutschen Beruf wo möglich ganz verleiden möchten. Sie wissen nicht, was sie thun.

Großbritannien und Irland.

London, 21. April. [Tagesnotizen.] Der Prinz Gemahl erklärt in einer Befehl an das Exekutiv-Komité der "Society of Arts", er sei bereit, für die beantragte Ausstellung des Jahres 1862 einen Beitrag von 10,000 Pf. zu zeichnen, so wie die anderen Zeichnungen eine Höhe von 240,000 Pf. erreicht haben. Bis vor wenigen Tagen hatten die Zeichnungen 176,000 Pf. betragen. — Der Earl von Eglington und Winton, zweimal Lord-Staatsminister von Irland unter Lord Derby und bekannt durch das von ihm veranstaltete große Turnier, erklärt in "Daily News" die in jenem Blatte enthaltene Angabe, daß er der Boxerei vom vorigen Dienstag beigelehnt habe, für unbegründet. Zugleich erklärt er, daß er niemals in seinem Leben bei einem Preisboxen gegen gewesen sei. — Die Liverpooler Börsenleute haben dem Manne, von welchem während der letzten Tage in England zumeist gesprochen wurde, dem Boxer Tom Sayers, eine Börse mit 70 Guineen überreicht, und der Postdampfer, der vorgestern nach New York abging, nahm 40 Extr. Zeitungen, meist Exemplare des Sporting Journals Bell's Life in London, mit, um der neuen Welt die Großthaten der alten in allen Einzelheiten mitzuteilen. — Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 21,816,665, der Metallvorrath 14,624,868 Pf. Sterl.

[Die preußischen Militärvorlagen.] Die "Morning Post" äußert sich beifällig über die preußischen Militärvorlagen, deren Zweck auch diesem englischen Blatte als vollkommen gerechtfertigt erscheint. Die Unthätigkeit Preußens während des russischen und des italienischen Krieges, meint die "Morning Post", habe es auf die Mängel seines Heereswesens aufmerksam gemacht, welches gegenwärtig eben nur zur Landesverteidigung ausreiche. Das etwas zur Reorganisation der preußischen Armee eingeschritten müsse, steht jedenfalls fest. Es fehlt nicht an Zeichen, daß ein "herliches Einvernehmen" zwischen Dänemark und Frankreich im Werden sei, und mit Begier würde Dänemark die erste Gelegenheit ergreifen, die holsteinische Frage von Neuem aufzutragen. Kurz, es sei hohe Zeit für Preußen, den auf allen Seiten es umringenden Militärmächten ein schützendes Völkerwerk entgegenzustellen.

Frankreich.

Paris, 21. April. [Die Exekutionen in Spanien.] Man ist hier sehr gespannt, welches Schicksal die spanische Regierung dem verhafteten Prätendenten bereiten wird. Man hält es nicht für unmöglich, daß man beide vor ein Kriegsgericht stellen wird. Die spanische Regierung, welche nämlich die Gewissheit hat, daß eine große Anzahl von Generälen und Beamten im Geheimen der karlistischen Bewegung gewonnen war, hat die Absicht, mit alter Energie aufzutreten. Aus diesem Grunde wurde Ortega sofort hingerichtet und noch mehrere andere Personen, worunter ein Marquis, der eine sehr hochgestellte Verwandte jenseit der Pyrenäen hat, erschossen. Diese Hinrichtungen, wobei angeblich die Generalkapitäne auf eigene Faust handelten, fanden in Bilbao und Valladolid statt. "Constitutionnel" und "Pays" sprechen sich gegen die vorgenommenen Hinrichtungen in diesen beiden Städten mit den schärfsten Ausdrücken aus. Zugleich beschwören sie die Regierung der Königin nochmals, milde aufzutreten. Der "Constitutionnel" hofft, daß die Generalkapitäne bereits schwer getadelt worden sind wegen des Missbrauchs ihrer Gewalt, welcher die Würde des Landes kompromittiert und einen so schmerzlichen Kontrast mit dem Ruhme bilden, den sich die spanische Armee so eben in einem zivilisirenden Kriege erworben habe. (R. 3)

[Tagesbericht.] Der "Moniteur" ist heute so glücklich, fünf Spalten mit lauter geistlichen Namensunterschriften von Adressen aus 43 Erzbistümern Savoyens füllen zu können. — Der Bischof von Vannes ist so schwer erkrankt, daß man für sein Leben fürchtet. — Die Gräfin Goyon ist von Rom hier eingetroffen. — Das Lager von Châlons beginnt sich allmählich zu füllen; es wird diesmal bedeutend größer werden, als im vorigen Jahre. — Die Ostbahndirektion hat, wenn die Regierung das Sarrenalprojekt zurückziehen werde, versprochen, die Frachträger für Steinkohlen und Koals per Tonne und Kilometer auf 4 C. herabzufügen. — Ein Rundschreiben des Marineministers ermächtigt die jungen Leute der Klasse von 1859, welche den Küstengemeinden angehören, sich für 7 Jahre bei der Marine als Freiwillige anwerben zu lassen. Um den Eintritt einer größeren Zahl junger Leute zu ermöglichen, wird das Minimum der erforderlichen Größe von 1 M. 65 auf 1 M. 63 herabgesetzt. — Das Gesetzprojekt bezüglich der neuen drei Départements ist bereits aufgesetzt und soll noch im Laufe der gegenwärtigen Session dem gesetzgebenden Körper zur Genehmigung unterbreitet werden. Es sollen bloß zwei militärische Unterdivisionen für Savoyen und Nizza eingeführt werden, aber kein größeres Kommando. — Das Zuchtpolizeigericht von Poitiers hat das Gesetz vom Juli 1849 wegen Preßvergehen auch auf bischöfliche Mandements und Hirtenbriefe angewandt und sie politischen und national-ökonomischen Schriften gleichgestellt. Demgemäß wurde der Drucker Daudin zu Poitiers wegen Drucks und Verkaufs eines Cirkulars des Bischofs von Poitiers zu 100 Franks Geldbuße verurtheilt. — Die Forts der Inseln Pomeques, Ratonnaux und If sind zum Range von Seehäfen erhoben worden. — Graf Persigny ist gestern mit Lord Cowley nach London abgereist.

[Das Département der neuesten Broschüre; Neigung zu Österreich.] Auch das Département, das der Broschüre La Coalition zu Theil geworden, hat seine geheime Geschichte. Der preußische Gesandte soll über die Broschüre Beschwerde geführt haben, und es ist ihm damit ergangen, wie dem Lord Cowley mit der sicilianischen Revolution. Herr Thouvenel erklärte, die Regie-

rung könne nicht für die Spekulationen des Herrn Dentu und seiner Autoren verantwortlich gemacht werden; Graf Pourtales mußte nichtsdestoweniger sein Verlangen durchzusetzen, und wiederum soll es der Kaiser sein, der die rektifizirende Note des "Moniteur" redigirt habe. Die Form, in der das Département ertheilt ist, verdient übrigens beachtet zu werden. Nicht der Inhalt des Pamphlets wird dementirt, es wird nicht gesagt, der Regierung seien die Pläne fremd, welche der Verfasser in ihrem Namen zu entwickeln sich den Anschein giebt, nur die Manöver, welche an der Börse von der Broschüre ihre Ausgangs- und Stützpunkte nahmen, werden gemäßigt. Die Broschüre kann nicht verfolgt werden, sagt der "Moniteur", sie verstößt nicht gegen das Gesetz; aber was hinderte, gleichzeitig auszusprechen, die Regierung theile keinen der Gedanken, die ihr in der Schrift zugeschrieben sind? — Die Billigung, die der "Constitutionnel" der Maßregel ertheilt, welche die österreichische Regierung zu Gunsten Ungarns getroffen hat, erregt allgemeines Aufsehen. Noch kennt man die Dispositionen des Kaisers Franz Joseph erst nach einem telegraphischen Bericht und schon beeilt sich ein ministerielles Organ, eine lobende Befürwortung zu verleihen! In dieser Haste will man ein Zeichen erkennen, daß die Regierung sich beeift, sich Destreich gefällig zu erweisen. Die Ursachen dieses Eifers sind leicht zu erkennen. Das Cirkular, in welchem Thouvenel die Bedingungen formulirt, unter denen Frankreich eine Konferenz wünscht, ist noch nicht beantwortet, und man weiß, daß England und Preußen bemüht sind, die übrigen Mächte für Grundlagen der Verhandlung zu gewinnen, die von denen des Thouvenel'schen Cirkulars abweichen. Zwischen der lobenden Note für Destreich und dem Edikt für Preußen, weil es durch sein halb offizielles Handelsarchiv den Körder eines Handelsvertrages mit Frankreich abgelehnt hat, besteht ein Zusammenspiel, der nicht zu übersehen ist. (B. 3.)

[Die Expedition gegen China.] Wie man der "Presse" berichtet, ist General Montauban am 26. in Hongkong mit einem Theile seines Generalstabes angekommen und wird bald nach Shanghai weiterreisen. Gemeinschaftlich mit dem englischen General trifft er alle nötigen Vorbereitungen für den Feldzug. Die Feindseligkeiten haben bis jetzt nirgends begonnen, aus Shanghai kommt aber die wichtige Nachricht, daß vier englische Dampfer mit verstiegerten Instruktionen nach dem Norden abgegangen sind. Über den Zweck dieser Expedition weiß man nichts Genaues; die einen behaupten, es solle eine Dschunkenslottille, welche mit Proviant und Munition auf dem Wege nach Tientsin ist, gekapert werden. Andere sagen, die englische Flottille solle sich einer Landzunge am Petscheli bemächtigen, welche als Depot dienen sollte. Endlich heißt es auch, die vier Dampfer sollten den Golf von Petscheli und seine Ufer erkundigen. Der große Mongolengeneral Sangkolin entfaltet eine große Thätigkeit und hat alle Zugänge zur Hauptstadt besetzt; seine Laktit besteht darin, eher das Innere zu vertheidigen als die Küsten, wo die Artillerie der Kriegsschiffe den Widerstand sehr problematisch macht.

Belgien.

Brüssel, 20. April. [De Brouckere.] Nachdem sich gestern eine leichte Besserung in dem Zustande de Brouckere's gezeigt, wurde die hiesige Bevölkerung heute durch eine schwärgerdete Proklamation des Gemeinderates, welche das um 10 Uhr Morgens erfolgte Hinsehen des Bürgermeisters ankündigte, in Trauer versetzt. Das ist keine Phrase; Herr Ch. de Brouckere war unzweifelhaft nach dem Könige selbst der populärste Mann in ganz Belgien. Der belgische Staat verlor in ihm einen seiner tapfersten Begründer und seiner edelsten, nüchternsten Bürger, das Parlament einen seiner angesehensten, besten Redner und die freie Wissenschaft einen fühnen Jünger und Verbreiter. Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung auf Antrag des Herrn Dumortier beschlossen, dem auf künftigen Sonntag angesehnen Leichenbegängnisse ihres verehrten Mitgliedes in corpore beizuwollen. Der erstgenannte Abgeordnete, wie auch Herr Verwoert, der Präsident des Hauses, sprachen ihrem unvergleichlichen Kollegen weinende Anerkennung und Trauer nach. Alle Theater und Anstalten öffentlicher Lustbarkeit sind heute Abends geschlossen. Der Gemeinderath beabsichtigt, eine Straße der Hauptstadt mit dem verehrten Namen des Todten zu belegen, und schon werden Vorbereitungen getroffen, um seinem Wirken auf öffentliche Subskription ein würdiges Denkmal zu setzen. (R. 3)

Schweden.

Bern, 17. April. [Freie Abstimmung in Savoyen.] Der "Bund" bringt wieder ein merkwürdiges Altenstück, das er nicht ohne Hohn mit der Überschrift "Die freie Volksabstimmung in Savoyen", versehen hat. Unterm 7. d. hat nämlich der "Gouverneur-Regent" von Annecy folgendes Cirkular erlassen:

Annecy, 7. April 1860. Regierung der Provinz Annecy. Cirkular Nr. 7. Allgemeine Abstimmung. An die Herren Syndics und Mitglieder der Municipal-Zantien. Meine Herren! Sie kennen den Vertrag vom letzten 24. März, durch welchen Se. Majestät der König von Sardinien Savoyen an Frankreich abtritt. Sie haben die Proklamation d. d. 1. April gelesen, in welcher der König, indem er sich an die Bevölkerung unserer Provinzen wendet, vornehmlich den Schmerz darüber ausdrückt, sich von ihnen trennen zu müssen. Seitdem haben sich die beiden Regierungen darüber vereinbart, daß man Sonntags den 22. April zu einer allgemeinen Abstimmung schreite. Merken Sie sich's wohl, meine Herren! und machen Sie es gefällig Ihren Untergebenen bekannt, daß es sich hier nicht darum handelt, Sardinien in Gegensatz zu Frankreich zu bringen, noch irgend zu sagen, welchem Lande man den Vorzug gebe. Welt entfernt! Wir sind Alle berufen, einfach mit Ja oder Nein zu stimmen, ob wir dem Vertrage beitreten, welcher Savoyen an Frankreich abtritt. Mit einem Wort: wir müssen sagen, ob wir Franzosen werden wollen. Bede andere Kundgebung wird als ungültig betrachtet. Wollen Sie daher, meine Herren Syndics, unvergänglich die Listen &c. anfertigen. Die besondere Aufgabe der Herren Syndics ist es, die Bildung der Listen zu beschleunigen, Ihre Untergebenen über den wahren Sinn der abzugebenden Stimmen aufzuklären und, in ihrer Eigenschaft als Beamte der Regierung, zu versichern, daß die Stimmabgabe in vollster und gänzlichster Freiheit erfolgen könne. Es ist ein feierlicher Augenblick, meine Herren! Die Zukunft unseres Landes liegt in unseren Händen. Appellieren wir an unseren Patriotismus und treten wir Alle zur Wahlurne einig und einstimmig im Gefüge der Provinz Annecy: Lachenal. Gestützt auf vorstehendes Cirkular, hat der Intendant des Arrondissements Faucigny, wie der "Bund" hervorhebt, unterm 9. d. folgendes Cirkular erlassen:

Bonneville, 9. April 1860. Intendant des Arrondissements Faucigny. Allgemeine Abstimmung. An die Herren Syndics des Arrondissements. Herr Syndic! Indem ich Ihnen dieses Cirkular und das Manifest des Herrn Gouverneur-Regenten der Provinz Annecy, bezüglich der Operationen der allgemeinen Abstimmung, welche am 22. d. über die Annexion Savoyens an Frankreich stattfinden wird, übermittle, habe ich das Vergnügen, Ihnen anzuseigen, daß die Regierung Sr. Majestät mir mitgetheilt hat, Se. Majestät Napoleon III. habe unwiderrücklich beschlossen, die Wohlthat der Zone des Pays de Gex auf das Gebiet von Faucigny und Chablais auszudehnen, eine Verfügung, welche

mir so eben aufs Neue ertheilt wurde von Hrn. Raith, Senator des Kaiserreichs, der gegenwärtig die beiden Provinzen in der Eigenschaft als Delegierter des Kaisers bereist, um ihre Wünsche und Bedürfnisse zu studiren. Die Errichtung der Zone, welche die natürliche Konsequenz der Nichtzerstreuung Savoyens nach sich zieht und dem Lande, das derselbe theilhaftig wird, die größten Vorteile gewährt, ist ein Punkt, rücksichtlich dessen Sie Ihren Unterweisungen die bestimmten Zusicherungen geben können. (Folgen die besonderen Weisungen über Formation der Wahlzettel &c. und die Unterschrift.)

Wir erlauben uns, sagt sodann das Berner Blatt, diesen Altenstücken, welche zwar am deutlichsten durch sich selber sprechen, nur einige wenige Glossen anzuhängen.

Gloss 1. Das Cirkular des Hrn. Lachenat führt die Nr. 7; ein Beweis, daß die neue Regierung in Savoyen sehr thätig ist. Und doch versprachen Sardinien, welches versprach, den Status quo aufrecht zu erhalten, hießen die Gemeindebehörden: "Conseils municipaux"; jetzt führen sie den spanischen Namen: "Juntas municipales". Es geht wirklich spanisch zu. — Gloss 2. Die Herren Syndics sollen "sich's wohl merken", daß das Volk nicht zwischen Piemont und Frankreich wählen darf, sondern nur Ja oder Nein zu einem Vertrage sagen darf, der natürlich auch dann in Kraft bleibt, wenn die Mehrheit zugäufig mit Nein antworten würde. Im gleichen Athemzuge sollen die Herren Syndics bei ihrer Amptspflicht versichern, daß man "in vollster und gänzlichster Freiheit" stimmen dürfe. Kann man schamlos die Beamten offiziell zur Lüge kommandiren? — Gloss 4. Das Cirkular des Intendanten von Bonneville zeigt recht deutlich, wem die freie Zone zu gute kommt. Und von Paris aus wagt man sie der Schweiz als eine wohlwollende Konzeßion zu stellen. — Gloss 5. So tritt man die Rechte der Schweiz mit Füßen, und garantierte Rechte mit Füßen, und die europäischen Mächte sehen zu.

[Französische Agitation in Genf.] Dem "Bund" wird geschrieben: "An eine hiesige sehr bekannte Person, der man, wie es scheint, in Paris mehr oder weniger französische Gesinnungen zutraut, ist von dort ein Schreiben von Seite eines Hochgestellten angelangt, mit dem Wunsche, man würde in Frankreich sehr gerne eine annexionistische Demonstration in Genf sehen. Dieser Brief soll sogleich den hiesigen eidgenössischen Behörden zu Händen des Bundesrates eingereicht werden sein. Neuer Beweis, mit welcher Gier man nach dem Besitz von Genf strebt! Lange wird dies jedermann nicht ansehen. Ist Frankreich einmal im Besitz des See's, so sind Schwierigkeiten bald gesucht und gefunden, und mit welchen Mitteln wollen und können wir dann Genf vertheidigen? Unter den Genfer Offizieren herrscht großer Niedergeschlagenheit. Keine Gelegenheit wird ihnen geboten, ihr Vaterland zu vertheidigen. Keine ohne Schwertstreich muß man es früher oder später hergeben. Am besten hätte man gethan, gar keine Truppen aufzubieten, wenn man doch nichts unternehmen will. Auf diese Weise sind unsere Truppen nur dem Spott preisgegeben; auf diese Weise untergräbt man den Militärgeist und jede Freude am Wehrwesen. Wenn man so fortfahren will, so wär's am Besten, die ganze Armee aufzuheben."

Italien.

Turin, 17. April. [Dementi; Anklage wegen des Mortara'schen Kindesraubes.] Die "Opinione" erklärt die Nachricht der "Ostdeutschen Post" von Noten, welche Favre an die neapolitanische Regierung gerichtet haben sollte, für grundlos. — Dasselbe Blatt veröffentlicht den Anklageaft des Fiskalpräfektors am Zuchtpolizei- und Kriminalgerichte zu Bologna in Betreff des Mortara'schen Kindesraubes. Der Antrag des Prokuretors lautet: "In Erwägung, daß die öffentliche Macht einen gewaltigen Einbruch in das Haus der israelitischen Gheleute Manolo und Marianna Mortara am 23. Juni 1858 in Bologna zu dem Zwecke, denselben ihr junges Kind Edgar, unter dem Vorzeichen, daß dasselbe getauft sei, zu entführen, gemacht hat; in Erwägung, daß die gewaltsame Entführung dieses Kindes, welche von der öffentlichen Macht ausgeführt ward, ohne Zustimmung der Eltern krafft eines vom Pater Inquisitor Pier Gaetano Teletti ertheilten Willkürbefehles geschah; in Erwägung endlich, daß das Kind durch die Staatsgewalt unverzüglich nach Rom transportiert wurde, wo es im Kollegium der Katechumenen eingeschlossen und festgehalten wurde, beantragen wir, daß der Pater Pier Gaetano Teletti nach den Art. 440 und 444 der Civilprozeßordnung gerichtet und zu den Strafen, welche durch Art. 133 und 200 des Strafgesetzbuches vom 20. September 1832 gegen solche Beamte vorgesehen sind, die unter Missbrauch ihrer Gewalt, in Ausübung ihrer Machtvollkommenheiten ein Dienstverbrechen begangen haben, und gegen jeden, der ein Individuum willkürlich verhaftet und gefangen hält, wobei auf die Bestimmung des §. 456 des Art. 24 des vorgenannten Strafgesetzbuches Bezug genommen wird; so wie zur Abteilung des Schadenersatzes gegen die Eltern des Kindes und zu den Prozeßkosten verurtheilt werde." Der Art. 133 lautet auf 1—3 Jahre Zwangsarbeit, und der Artikel 200 auf 1—3 Jahre Gefängnis. Nach einer Meldung aus Bologna vom 17. d. ist der Priester Teletti freigesprochen worden.)

Turin, 19. April. [Das Verhältnis zu Frankreich; Garibaldi.] Das gute Einvernehmen zwischen den Regierungen von Sardinien und Frankreich ist zwar hergestellt, aber im Lande haben die Gefühle und Gesinnungen für den Kaiser der Franzosen sich wesentlich geändert. Das Benehmen der Franzosen in der Annexionangelegenheit hat den Sympathien für Napoleon III. ein Ende gemacht und der Widerwillen, den die Ungeduld und Gier der französischen Agenten hier hervorgerufen hat, wird nur durch die Berachtung ausgeglichen, mit welcher man über den Cynismus der Savoyarden hier urtheilt, die sich um materieller Vortheile willen dem Imperialismus in die Arme werfen. Bemerkenswerth an der Sache ist, daß Savoyen von jeher die liberale Regierung Sardinien bekämpft, weil man in dieser Provinz gegen die Civilehe und andere Beschränkungen des Priesterstandes war. Nun wird man diese bürgerlichen Errungenschaften sich gefallen lassen müssen, gegen die man sich gesträubt hatte, und die anderen, die man mit Vergnügen angenommen, entbehren müssen. Aber auch zwischen den Regierungen ist es noch in der letzten Zeit zu Größterungen gekommen, die, wenngleich der Form nach freundschaftlich, doch einen gewissen Gross in hiesigen Kreisen zurückgelassen haben. Graf Favre, der Wind von den Beziehungen hatte, die zwischen Frankreich und Oesterreich bestehen, machte einen Bericht, die Festigkeit dieser Freundschaft zu prüfen. Er schrieb an den sardinischen Ministerpräsidenten, um durch diesen verlangen zu lassen, daß Frankreich den Besitz der neu annexirten Provinzen Sardinens dieser Macht garantire. Da Frankreich aus dieser Annexion Anlaß nahm, folgerte Favre, eine Erweiterung seines Gebietes zu verlangen, so sei das ja eine Anerkennung des neuen Besitzes von Sardinien, und die Garantirung dürfe daher von der befreundeten Macht gefordert werden. Diese sei notwendig, als

Antwort gegen die Protestationen der vertriebenen Fürsten und auch um den Eindruck zu verwischen, welchen der gute Empfang des toscanischen Ministers Nerli beim Kaiser überall in Italien mache. Thouvenel und der Kaiser erklärten Herrn Nigra beide, eine solche Bürgschaft sei nicht nötig. Frankreich betrachte die Sache Italiens noch immer als seine eigene, und werde sie, so weit es die Interessen der französischen Nation gestatten, auch weiterhin zu vertheidigen wissen; aber eine formliche Garantie sei nicht thunlich; die Uebereinkunft von Villafranca und Zürich lasse eine solche Seitens Frankreich nicht zu, so lange nicht für eine gewisse Entschädigung der vertriebenen Fürsten geforgt sei. Die Reise des Herrn Ballerond nach Florenz müsse mit aus dem Grunde unterbleiben, weil diese als eine zu direkte Anerkennung des neuen Besitzstandes angesehen werden könnte. Sie mögen sich vorstellen, welchen Eindruck diese Eröffnungen hier gemacht haben! Es ist nun klar, daß Frankreich Destreich zur Hand behalten will, und letztere Macht hat durch ihre Haltung in der Schweizer Angelegenheit schon ihren Tribut auf dem Altare dieser neuen Freundschaft dargebracht. — Garibaldi's Anwesenheit in Genua giebt noch immer zur Vermuthung Anlaß, dieser General erwarte den günstigen Moment, um sich mit einer Schaar von Anhängern nach Sicilien zu werfen. Das dort der Kampf erst im Beginne sei und daß man auf einen langwierigen Widerstand Seitens der Bevölkerung der Insel zählen dürfe, wird hier im Allgemeinen geglaubt. Man erinnere sich nur daran, wie lange man in Europa in Folge der österreichischen Berichte geglaubt hatte, die Erhebung in Ungarn sei bezwungen. (K. 3.)

[Tagesnotizen.] In der gestrigen Senatsitzung legte der Siegelbewahrer einen dringlichen Gesetzentwurf, die Einführung des sardinischen Civilgesetzbuches, der Civil- und Kriminalgerichts-Ordnung, des Handelskodex und die Organisation der Justizbehörden in den Emilia-Provinzen betreffend, vor. — Während seines Aufenthalts in Florenz wird Victor Emanuel den Grundstein zur Fassade der Kirche Santa Maria del Fiore legen. Bei dieser Gelegenheit sollen zahlreiche Orden vertheilt werden. — Man sagt, daß das Kürassierregiment Piemont Befehl erhielt, sich nach Cattolica zu begeben, um diese Grenze zu decken. — Der Ingenieur Beladini zu Mailand, Institutsmitglied, Professor der Mathematik am Lyzeum San Alessandro, ist aller seiner Aemter entsezt. — Der berühmte Archäolog und Philolog Borghesi ist am 16. d. in San Marino gestorben.

[Briefwechsel zwischen Victor Emanuel und dem Papste. (Schluß aus der gestr. Ztg.)] Victor Emanuel richtete in Folge der gestern mitgetheilten Antwort an den heiligen Vater folgendes Schreiben:

Heiliger Vater! Die Ereignisse in der Romagna verpflichten mich, Ew. Heiligkeit mit achtungsvollem Respekt die Gründe meines Verhaltens zu entwischen. Bein Jahre ununterbrochene Belebung der Romagna durch fremdes Militär haben nicht nur der Unabhängigkeit Italiens vorweg ein schlechtes Zeugniß gegeben, sondern auch der Gesellschaft keine Ordnung, dem Volke keine Ruhe, der Regierung kein Ansehen verschaffen können. Beim Abziehen der fremden Besatzung fiel die Regierung, und Niemand half sie wieder aufrichten und wieder herstellen. Sich selbst überlassen, bewies das Volk der Romagna, daß für unregierbar galt, durch ein des Befalls von Europa gewürdigtes Verhalten, daß auch bei ihm Ordnung und Zucht, bürgerlich und militärisch, dieses Leibgedinge der civilisierten Nationen, eingeführt werden können. Aber die Unabhängigkeit einer miflichen, schon zu lange währenden Lage war eine Gefahr für Italien und für Europa. Als man auf die Hoffnung verzichten mußte, einen europäischen Kongreß sich versammeln zu sehen, vor den man die Frage Mittel-Italiens hätte bringen können, blieb keine andre mögliche Lösung übrig, als die, das Volk von Neuem über die zukünftige Bestimmung zu befragen. Als die Solemnität der allgemeinen Abstimmung den Beschluß der Annexion an die konstitutionelle Monarchie Piemonts bestätigt hatte, mußte ich es endgültig in Interesse des Friedens und des Glücks von Italien annehmen. Aber im Interesse des Friedens bin ich stets bereit, der höchsten Souveränität des apostolischen Stuhls zu huldigen. Als katholischer Fürst glaube ich nicht gegen die unverdienstlichen Grundlagen der Religion gekämpft zu haben, die mit künftiger und unabänderlicher Ergebnis zu bekennen mein Stolz ist. Über die Aenderung, welche die Staatshandlung hat, berührte die politischen Interessen der Nation, die Sicherheit der Staaten, die moralische und bürgerliche Ordnung der Gesellschaft; sie berührte die Unabhängigkeit Italiens, für welche mein Vater seine Krone verloren hat und auch gern sein Leben gegeben haben würde. Die Schwierigkeiten, auf die man heute stößt, drehen sich um einen Modus von Territorialherrschaft, den die Macht der Ereignisse notwendig gemacht hat. Alle Staaten haben dieser Notwendigkeit beistimmen müssen, und der heilige Stuhl selbst hat sie in alten und neuen Zeiten anerkannt. In allen Modifizierungen raten Gerechtigkeit und politische Gründe zu den notwendigen Maßregeln, um die alten Gerechtsamen mit den neuen Institutionen in Einklang zu bringen, und eben aus diesem Grunde bitte ich Ew. Heiligkeit, mit vollem Vertrauen auf Ihre gute Gesinnung und Ihren guten Rechtsinn, dieses Unternehmen meiner Regierung zu erleichtern, welche ihrerseits keine Mittel versäumen, meine Sorge sparen wird, um zum gewünschten Ziele zu kommen. Sollten Ew. Heiligkeit mit Wohlwollen die gegenwärtigen Eröffnungen aufnehmen, so würde meine Regierung, der hohen Souveränität des apostolischen Stuhles zu huldigen, gleichfalls durchaus bereit sein, in gleichem Maße an der Vermittlung der Kosten zu arbeiten und zur Sicherung und Unabhängigkeit des apostolischen Stuhles mitzuwirken. Das sind meine aufrichtigen Absichten, und das auch, glaube ich, die Wünsche Europas. Und nur ich mit loyalen Worten Ew. Heiligkeit mein Herz geöffnet, erwarte ich Ihre Entschließungen in der Hoffnung, daß mittelst des guten Willens der beiden Regierungen ein Vertrag zu Stande komme, welcher auf der Vereinstimmung der Fürsten und auf der Beziehung des Volkes ruhend, das feste Fundament werde für die Beziehungen der beiden Staaten. Von da Güte des Vaters der Gläubigen erwarte ich eine wohlwollende Aufnahme, welche die Hoffnung bestätigt, daß die bürgerliche Verantwortlichkeit erwartet werde für Nebel, die aus entgegengesetzten Bewegungen entspringen könnten. In diesem Vertrauen bitte ich ehrfürchtigstvoll Ew. Heiligkeit apostolischen Segen. Turin, 20. März 1860. Victor Emanuel.

Die Antwort des Papstes an den König Victor Emanuel lautet:

Majestät! Die Ereignisse, die in einigen Provinzen des Kirchenstaates eingetreten sind, legen Ew. Majestät, wie Sie mir schreiben, die Pflicht auf, mit Ihrem Verhalten in Bezug auf dieselben Rechenschaft abzulegen. Ich könnte mich veranlaßt fühlen, gewisse, in Ihrem Briefe enthaltene Behauptungen zu bestreiten, und Ihnen z. B. sagen, daß die fremde Okkupation in den Legionen sich seit langer Zeit auf die Stadt Bologna beschränkte, welche niemals zur Romagna gehört hat. Ich könnte Ihnen ferner sagen, daß die angebliche allgemeine Abstimmung eine zwangsläufige und keine freiwillige war; übrigens kann ich mich hier wohl enthalten, Ew. Majestät über Ihre Ansicht und die allgemeine Stimmberechtigung zu befragen, so wie auch meine eigene darüber fundzutun. Ich könnte Ihnen sagen, die päpstlichen Truppen seien daran verhindert worden, die rechtmäßige Regierung in den aus auch Ew. Majestät wohlbekannten Gründen empörten Provinzen wieder herzustellen. Diese und andere Dinge könnte ich Ew. Majestät in dieser Hinsicht sagen, aber das, was mir vor Atem die Verpflichtung ansetzt, der Ausfassung Ew. Majestät nicht beizustimmen, ist der Anblick der in jenen Provinzen fortwährend zunehmenden Unstiftlichkeit und der Beleidigungen, welche dort der Religion und ihren Dienern zugefügt werden. Und wenn ich auch nicht durch feierliche Schwüre gebunden wäre, das Erbtheil der Kirche unversehrt zu erhalten und mich auf leinerlei Unterhandlungen einzulassen, welche auf die Verminderung der Ausdehnung derselben abzielen, so würde ich mich doch genötigt sehen, jedes Prolet zu verwerfen, um nicht mein Gewissen mit einer Zustimmung zu beflecken, durch welche ich jene Unordnungen indirekt sanktionieren und zum Theilnehmer

derselben mich machen und nichts Geringeres thun würde, als einen ungerechten und gewaltfahrem Raub zu rechtfertigen. Nebrigens kann ich die Vorläufe Ew. Majestät nicht nur nicht wohlwollend aufnehmen, sondern protestire vielmehr gegen die Usurpation, welche zum Schaden des Kirchenstaates verübt wird, und überläßt dem Gewissen Ew. Majestät und jedes anderen Mithelfers bei einem so großen Raube die daraus entpringenden unheilvollen Folgen. Ich hege die Überzeugung, daß Ew. Majestät, wenn Sie den an mich gerichteten Brief in ruhigerer und weniger vorurtheilsloser Stimmung und mit besserer Kenntniß der Thatsachen nochmals lesen, darin viele Gründe zur Reue finden werden. Ich siehe zu Gott, daß er Ihnen die Gnaden verleihen möge, deren Sie unter Ihren gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen so dringend bedürfen. Vom Vatikan, 2. April 1860. Pius, P. P. IX.

[Adresse aus Nord-Savoyen an das Parlament.] In Nord-Savoyen darf man fort, gegen den Anschluß zu wirken. Die Herren Bard, Bétemps und Taurax haben sich nun auch, im Namen der 12,000 Anhänger der Schweiz, an das sardische Parlament gewandt. In ihrem Auftrage legte der Deputierte Chenal aus Gaucigny, wie der „Bund“ berichtet, am 12. d. folgende Adresse vor:

Herrn Deputirte! Das Los Nord-Savoyens liegt in Ihren Händen. Von Ihnen hängt es ab, seine Wünsche zu befriedigen, oder seine Hoffnungen zu täuschen. Ruhmvolle Ereignisse, deren Frucht heute das freie Italien pflicht, haben politische Konsequenzen nach sich gezogen, die den Bruch hundertjähriger Bande, welche Savoyen mit der sardinischen Monarchie vereinigten, unvermeidlich zu machen scheinen. Diese Konsequenzen, welche wir eben so gut vorhersehen, als wir sie fürchteten, haben uns dahin geführt, unsere Lage, unsere Interessen, unsere Zukunft ganz genau in Betracht zu ziehen. Heute, da die Völker das glückliche Vorrecht haben, auf ihre Geschichte Einfluß zu üben, hatten wir auch das Recht und die Pflicht, die verschiedenen vor uns stehenden Perspektiven zu prüfen. Diese Prüfung ließ uns erkennen, daß, wenn einmal die monarchische Einheit, die uns um den konstitutionellen Thron Victor Emanuels vereinigte, definitiv gebrochen, wir Herren werden, um auf unsere Rechnung dasjenige zu wählen, was am meisten im Einklang ist mit unseren Sympathien, unseren Gewohnheiten, Bedürfnissen und Interessen. In allen diesen Beziehungen hat Nord-Savoyen sein eigenes Leben, verschieden von jenem des südlichen Savoyen, derart, daß, wenn man das erste nicht zum Sklaven, zum unbedeutenden Untergang des zweiten machen will, man ihm nicht das Recht verweigern kann, frei seine Neigungen zu proklamieren und laut deren Anerkennung zu verlangen. Wir beurtheilen und verfennen nicht die Neigungen des übrigen Savoyens. Man sagt, dieselben streben Frankreich zu. Ist dies aber der Fall, so spreche Süd-Savoyen in seinem Namen und nicht im unfeindlichen. Dazu hat es von uns durchaus kein Mandat erhalten. Viel weniger noch haben ein solches jene Männer erhalten, welche, in der Mehrzahl zu allen Zeiten Feinde der liberalen Ideen, deren Triumph heute in Ihrem Vaterlande, das noch das unsere, gesichert ist, sich an unserer beständigen Hingabe für die Sache Italiens rachen zu wollen scheinen, indem sie unsere freien Strebungen erstickten, und welche sich das Recht angemahnt haben, für uns zu sprechen, als sie sich selbst die Mission gaben, einem fremden Herrn die Huldigung ihrer eigenständigen Defension darzubringen. Wir erklären, daß wir, weit entfernt uns über die Aufzehrung eines neuen Banners in Savoyen zu freuen, nur mit diesem Schmerz daran denken könnten, die alte Fahne aufzugeben, zu deren Ruhm wir beigetragen haben; Ihre Gerechtigkeit, meine Herren, wird uns dieses Zeugniß nicht verfagen. Wir protestieren nachdrücklich gegen jene angeblichen Wünsche, welche als Ausdruck der Wünsche von ganz Savoyen darzustellen eine lächerliche Deputation sich erlaubt hat. Des Weiteren sei uns gestattet, Sie daran zu erinnern, daß wir das Recht erworben und als sardinische Untertanen noch das Recht haben, uns für die Erhaltung der italienischen Unabhängigkeit zu interessieren. Und unter diesem Rechtsitel wagen wir es, Ihnen die künftigen Gefahren vorzutellen, welchen diese Unabhängigkeit ausgeht ist, wenn ein einziger Staat im Besitz aller Übergänge unserer Gebirge ist. Von den Seesäulen bis zu den penninischen Alpen, von Nizza bis zum Simplon ist Italien offen, wenn unser Wunsch nicht erhört werden. Diese Wünsche sind folgende: Wenn wir aufhören müssen, einer freien Monarchie anzugehören, wenn wir aufhören müssen, die treuen Untertanen des erlauchten Hauses Savoyen zu sein, so ist unser Wunsch, die unabhängigen Bürger des edlen schwäbischen Edigenhofen zu werden. Mehr als 12,000 Unterschriften, die Ihnen werden vor Augen gelegt werden, bezeugen auf unwiderprüchliche Weise die Aufrichtigkeit dieses Wunsches. Wir begehrn nur eines: daß man uns die Möglichkeit gebe, ein noch augenfälligeres und imponanteres Zeugniß davon abzulegen. Sie selber haben so eben Italiens politisch Wiedergeburt aus dem redlich befragten allgemeinen Stimmrecht hervorgehen sehen. Bewilligen Sie uns, zur Grundgebung unserer Meinungen, die gleiche Form und dieselben Garantien. Mögen alle volljährige Bürger, in gemeindeweiser Abstimmung, jede Provinz für sich, an diesem feierlichen Akte teilnehmen und sich frei aussprechen können zwischen allen Alternativen, die sich ihrer Wahl darbieten. Die vorläufig für die eventuelle Vereinigung mit der Schweiz abgegebenen Stimmen erheblich insbesondere, daß diese Vereinigung ernstlich in Abstimmung gebracht werde. Es hängt von Ihnen ab, diesem rechtmäßigen Verlangen zu entsprechen, indem Sie unser freies Votum zur Bedingung des Ihrer Genehmigung unterliegenden Abtretungsvertrags machen. Dieser Vertrag steht ausdrücklich fest, daß der Wille des Bevölkerung soll befragt werden. Er gestattet Ihnen also, oder vielmehr, er verpflichtet Sie, dafür zu sorgen, daß diese Befragung ernst und aufrichtig sei. Sie kann es aber nur durch das eben angekündigte Mittel sein. Das allgemeine Stimmrecht in der Gemeinde, Abstimmung, jede Provinz um Provinz, loyal Auswahl zwischen allen Möglichkeiten: das allein ist es, was dem nördlichen Savoyen gestattet wird, seine Wünsche deutlich kundzutun. Das begeben wir von Ihnen; das werden Sie uns bewilligen.

[Die Abstimmung in Nizza.] Wenn das offizielle Frankreich der Mit- und Nachwelt einen lehrreichen Einblick in die napoleonische Taktik, wie man die allgemeine Abstimmung zu einer Spiegelfechterei der Hölle machen und mit ihr jedes beliebige Resultat erzielen könne, geben wollte, so ist ihm dies besser gelungen, als es der Dynastie, die auf dem Prinzip allgemeiner Abstimmung beruht, vielleicht ersprechen kann. Die Komödie, welche mit dem Volkswillen in Nizza gespielt ward, ist gelinde gesagt, ekelhaft und ein Schandfleck unserer Zeit. Pietri rückte, um nur einige Züge zu erwähnen, am Tage vor der Abstimmung in Nizza mit einem Schweiß von nicht weniger als 70 französischen Agenten ein, die sich nun mit dem französischen Ausschüsse, der zum Theil aus den in Nizza ansässigen Franzosen, zum Theil aus gewonnenen Nizzarden bestand und unter Leitung des französischen Konsuls operierte, in Verbindung. Das Landvolk wurde gewonnen, wie weiland bei der Kaiserwahl. Der „Allg. Ztg.“ werden darüber aus Nizza folgende fast unglaublich klingende Züge berichtet: „Man demonstrierte den Landleuten vor, daß sie unter Frankreich nur die Hälfte der jüngigen Steuer bezahlen und keine Patente zum Betriebe von Wirths- oder Schankhäusern oder eines anderen Gewerbes nötig haben werden. Auch, hieß es weiter, habe der Kaiser beschlossen, in Nizza die Konkurrenz aufzuheben, und die in der piemontesischen Armee stehenden Soldaten nizzardischer Nationalität würden sofort nach ihrer Heimath entlassen werden. Sie können sich leicht denken, welche Wirkungen solche und ähnliche Versprechungen auf das Landvolk ausübten. Außerdem wurden diese Zusicherungen von Leuten gegeben, welche unter dem gegenwärtigen Provisorium schon mit einem offiziell französischen Anstrich aufraten. Den Gemeindebeamten und übrigen Angestellten wurde aber kurz und bündig erklärt, daß sie für Frankreich stimmen müßten, wenn sie nicht sofort ihre Stelle verlieren wollten. Ja, es wurde ihnen sogar mit Landesverweisung gedroht! Ein hier sehr bekannter französischer Agent leitete seine Rede an die Gemeindevorsteher von St. Andrea mit folgenden charakteristischen Worten ein: „Je vous fais responsable pour la votation de votre commune! Votez pour l'Empereur, et sachez bien qu'il sait punir les coquins!“ Das Comité Français im Verein mit den Leuten des Herrn Pietri bot im Laufe der letzten

Woch Alles auf, um in allen Gemeinden der Grafschaft Nizza, „Gebenheits-Adressen“ an den Kaiser zusammen zu trommeln. Bei diesem Anlaß kam man auch nach Tenda, wo die Einwohner dem Könige Victor Emanuel sehr ergeben sind. Der Gemeinderath sammt der ganzen Einwohnerschaft weigerte sich entschieden, die Adresse zu unterzeichnen. Man debattirte lange hin und her, obne daß die „Anschluß-Kommission“, die aus einem nizzardischen Advo-kalenschreiber und zwei französischen Polizei-Agenten bestanden, zu ihrem Zwecke kamen. Endlich fuhr einer der Letzteren die Gemeindebeamten und zahlreich versammelten Einwohner mit folgenden Worten an: „Nun gut, laßt es bleiben! Aber ich werde dem Kaiser sofort eure rebellische Gesinnung mittheilen. Wüßt ihr, was die Folge davon sein wird? Man wird zwei Bataillone zu haben in euer Nest legen. Aber wüßt ihr auch, was für Leute diese zu haben sind? Das sind türkische Franzosen, die mit euren Weibern und Töchtern nicht viel Umtände machen werden! Küßt ihr euch auch, so zünden sie euer Nest an allen Ecken an und braten euch darin wie Fastnachts-Dächer!“ Schon am nächsten Tage war die Adresse unterzeichnet und Herrn Pietri überreicht, welcher der „patriotischen“ Gemeinde Tenda's seinen „lebhaften Dank“ aussprach! Welche Rolle die Geistlichkeit bei dieser Gelegenheit spielte, deutet eine gestern erwähnte Neuherzung Garibaldi's an, welcher den Studenten von Genua, die ihm eine Adresse überreichten, erklärte, „die Abtreitung Savoyens und Nizza's falle hauptsächlich dem Clerus zur Last“.

[Der Aufstand in Sicilien] ist nach den über Wien kommenden Nachrichten im Erlöschen, während die über Genua anlangenden die Lage nicht so günstig darstellen. Dagegen wird auch der Pariser „Corr. Bull.“ aus Neapel, 14. April, folgendes gemeldet: „Die Ruhe ist in Sicilien noch nicht ganz hergestellt worden, allein die Nachrichten, die uns von dort zukommen, sind weniger bedenklich. Die Behörde ist Herrn der vorzüglichsten Städte. Nur auf dem flachen Lande bleibt es noch Insurgenten, und auch dort sind sie nur in geringer Anzahl. In Palermo lagern die Truppen vor den Thoren der Stadt, so daß sie die Bevölkerung derselben, so wie die von außen kommenden Banden in Baum halten. Eine dieser Banden, 4—500 Mann stark, griff vorgestern das eine Stunde von Palermo gelegene Dorf Mancala an. Sie wurde mit Verlust zurückgeschlagen und es wurden viele Gefangene gemacht. Die Regierung fährt fort, nach Sicilien Verstärkungen, Munition und Lebensvorräte zu schicken. In den hohen Regierungskreisen ist man so ziemlich ohne alle Ruhe. (7) Man betrachtet die sicilianische Bewegung als gescheitert. Die in Catanea und Messina gemachten Versuche haben noch geringere Ergebnisse gehabt, als die von Palermo, und es däucht uns wahrscheinlich, daß die Revolution unterliegen werde. Doch darf man es sich nicht verbauen, daß die fortwährenden Revolten, welche die Regierung beider Sicilien nöthigen, den insularen Theil ihres Königreichs alle 10 Jahre neu zu erobern, und durch stets schwächer militärische Maßregeln zu erhalten, die Aufmerksamkeit der europäischen Mächte auf sich ziehen muß. Im allgemeinen Interesse der Sicherheit der Staaten wird Europa bedacht sein müssen, diesen Zuständen ein Ende zu machen. (Man sieht also, wo man in Paris hinaus will!) So sprechen die meisten ausländischen Diplomaten. Das Königreich diesesseits des Faro ist nicht so aufgeregzt, unsere Provinzen sind ruhig und nur hier und da kommen in Folge der Theuerung der Lebensmittel Unruhen vor. In Neapel hat ein schlechter Spähmacher zwei Pfund Pulver unter einen Stein gelegt, und das Pulver beim Weggehen angezündet, dies geschah in der Nähe des Palastes, und die Explosion erschreckte das Stadtviertel. Man glaubte, es sei eine Mine gelegt worden, welche bis zur königlichen Wohnung ging.“ In einem Briefe des „Nord“ aus Neapel vom 14. April wird behauptet, der Aufstand jenseit des Faro habe nur ephemeren Charakter gehabt und bloß sechs Tage gedauert. Die Insurgenten haben, dieser Quelle zu folge, Schritt für Schritt in und Palermo vertheilt; aber da sie weder im Innern der Stadt von der Bevölkerung unterstützt wurden, noch Führer hatten, nicht organisiert waren und die Waffenvorräte, auf die sie gerechnet hatten, nicht fanden, so konnten sie der 14.000 Mann starken Besatzung auf die Dauer nicht stand halten und zogen sich theils zurück, theils wurden sie umschlossen und niedergehauen; nur etliche Hundert kämpften noch in den Schlachten den Kampf der Verzweiflung; die Polizei stellte nun in der Hauptstadt, wie auf der ganzen Insel, alles, was ihr Verdacht erregt, ein. Unter denseligen Verbündeten, die am meisten kompromittirt sind, befinden sich viele junge Adelige, wie der Graf Rudini, Herr v. Giardini, Enkel des Kabinettpräsidenten in Neapel, Baron Rio, San Giovanni, Fürst Monteleone Pignatelli und Fürst Miseri, Sohn des L. Kammerberren. Rudini wurde in Neapel in Folge einer telegraphischen Depesche verhaftet, doch unter dem Versprechen, ins Ausland zu gehen, zu Schiffe gebracht. Die Unzufriedenheit ist auf der Insel aber keineswegs im Abnehmen; man betrachtet die April-Bewegung nur als ein Vorspiel und eine Mahnung, sich besser zu verständigen. Die Sicilianer sind unter sich in zwei Feldlager gespalten: die einen wollen Verhandlung mit Piemont, die anderen eine Selbständigkeit der Insel, im Notfalle unter englischem Schutz. Zene sind konstitutionell-monarchisch gesinnt. Diese haben republikanische Träume, Zene wollten zuwarten, diese loszulassen; und Letztere fanden bei dem Landvolke, das um jeden Preis sein Mützen fühlen wollte, willige Unterstützung. Die Sonder-Inseln haben ihre Führer besonders in jungen Adeligen, welche in einem sicilianischen Oberhause eine glänzende Rolle zu spielen hoffen, als in einem italienischen Gesamt-Parlamente. In Neapel hat Ajofa, der Allmächtige, das Pläzen einer Bombe zu einer großen Menge von Verhaftungen ausgeübt. Auch das amtliche Blatt des Königreichs beider Sicilien von 13. April gestieht nach langem Schweigen jetzt nachträglich ein, daß die Besatzung Palermo's erst am 10., also nach sechstätigem Kampfe, angriffweise verfahren und mobile Kolonnen an die noch bedrohten Punkte schicken konnte; vom 4.—10. April also waren die Insurgenten der angreifende Theil; aber auch jetzt noch schweigt das amtliche Blatt über Messina, während es nicht minder seltsam ist, daß piemontesische Blätter den Aufstand von Messina genau schon an demselben Tage, wo er ausgebrochen war, melden konnen. In Neapel ist ein fortwährendes Kommen und Gehen; Truppen werden im Kriegshafen nach Sicilien eingeschiffet, während die Schiffe als Rückgrat Gefangene und Flüchtlinge zurückbringen. In der Hauptstadt ist es still wie im Grabe. In einer Nachricht meldet der neapolitanische Korrespondent der „Indépendance“: Ich muß noch einige neue Nachrichten aus guter Quelle hinzufügen. Mit dem Aufstand auf Sicilien ist es Ernst; die mindestens 5000 wohlbewaffneten Insurgenten erhalten täglich Zugang; fast auf dem ganzen Eitorale steht die dreifarbige italienische Fahne; überall erkält, und sie plündern, morden, fangen und brennen überall; sogar die Magazine französischer Kaufleute wurden nicht gerichtet. Anbei ein Aufzug, der heute früh, 14. April, hier in Neapel vertheilt wird: „Neapolitaner! In dem Augenblicke, wo der König Victor Emanuel im Parlamente feierliche Worte über Gegenwart und Zukunft sprach, schüttelten unsere tapferen Brüder auf Sicilien das schwachsinnige Joch ab, das uns nun schon so lange drückt und erniedrigt. Der Anfang der Bewegung war furcht und der Kampf riefenfähig. Die italienische Fahne wehte auf den Barricaden des unbesieglichen Palermo, und Maniscalco's elende Söhne ergrieffen, wie immer, feig die Flucht. Die Regierung hat nicht verschafft und wird niemals verschaffen, die Insurgenten Rebellen zu nennen und Sicilien als unterworfen zu bezeichnen. Diese Mittel sind zu alt und verdienen keinen Glauben, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1848 auch behauptet wurde, es seien derjenigen nur wenige, welche den König Ferdinand genötigt hatten, Freiheiten und Verfassung anzubieten. Der Kampf dauert fort, und teilweise Siege wie Niederlagen beeinträchtigen die Größe des Ereignisses nicht. Jetzt hat unsere Stunde geschlagen; jetzt ist die Theilnahmlosigkeit ein Brudermord, die Unthätigkeit ein Verrat, und die Regierung ist sturzbar. Ich bin in äußersten Momenten erschrocken.“ — Die „Patrie“ enthält folgende Mitteilung: „Aus Palermo erhalten wir direkt bis zum 10. d. reichende Nachrichten. Ihnen zufolge hat eine Anzahl Aufständischer nach der Revolte vom 4. d. die Stadt verlassen und, von den Truppen verfolgt, sich in das Dorf St. Laurent geworfen, wo sie sich verschanzen. Sie hofften dort

Nachricht bringen, daß ein Theil der südlichen Provinzen Siciliens in der Gewalt der Aufständischen sei, welche den Plan durchführen, sich im Innern zu konzentrieren und dann bewaffnet und verstärkt über die Städte hervorzufallen. Ihre Fahne sei die dreifarbig mit dem savorischen Kreuze." Was ist Wahrheit, was Illusion in diesen Berichten und Aufrufen? fragt man auf dem Festlande. Wie wir aus einer Florentiner Depesche erfahren, fehlte es in Florenz, wo gerade jetzt alle bedeutenden Italiener um den König versammelt sind, am 19. April noch an allen bestimmten Nachrichten aus Sicilien. — Nach Pariser Berichten aus Palermo vom 11. April war der Aufstand in Folge des Vertrages eines Dieners im Kloster von Gancia unterdrückt worden. Obgleich in der Stadt Ruhe herrschte, so zog doch täglich eine Kolonne von 3000 Mann Infanterie und Kavallerie mehrmals auf die nach Palermo führenden Hauptstraßen hinaus. Die Mitglieder des Revolutionsausschusses, welcher aus Notabeln der Stadt zusammengelegt war, sind zum Tode verurtheilt worden. Der König hat befohlen, die Strafe der Vollziehung aufzuzeichnen (?). Die Citadelle von Messina war genöthigt, während der aufständischen Bewegung vier große kalabrische Barten zu beschließen, welche herbeigekommen waren, um zu plündern.

Directe Nachrichten aus Sicilien liegen heute nicht vor, doch zeugen die überberichteten Anstrengungen der neapolitanischen Regierung, die Insel mit Truppen zu überchwemmen, von der Unwahrheit der fortwährend mit Unverhältnis zu auftretenden amtlichen Versicherungen, daß Alles ruhig sei. König Franz hat laut einer Depesche aus Neapel vom 17. April die Truppen Mustering passieren lassen und ihnen ein Balkett veranstaltet, wobei "feurige" Toaste auf den Souverain ausgetragen wurden. In Trapani, Mazara und Marsala wehte die dreifarbig Fahne; da die Insurgenten sich aber jetzt überall vor dem Er scheinen der Truppen von den Küstenpünks ins Innere zurückziehen, so kann das Kriegsspiel sich sehr in die Länge ziehen. Die mobilen Kolonnen zerstreuen den Feind bei solchen Gelegenheiten regelmäßig, oder sie treten, wenn sie den Kürzern ziehen, einfach den Rückzug an, nachdem sie den Rebellen ein Gesetz geliefert haben. Letzte Wendung gebracht die Depesche in Betreff des Resultates, daß die drei von Palermo ausgehenden Kolonnen erzielt haben, während von den mobilen Kolonnen, die von Messina nach Catoni und Melagga abgingen, bloß erwähnt wird, sie seien "abgeschlagen". An Truppen und Munition fehlt es den neapolitanischen Befehlshabern jetzt nicht; die Aufständischen dagegen, die an Allem Mangel haben, werden sich Waffen, Pulver und Blei aus den Waffenplänen erobern müssen.

Aus Neapel, 14. April wird der Neuen "Zürcher Blz." gemeldet: "So eben verbreitet sich das Gerücht, daß in Sicilien Freihaare gelandet seien zur Unterstützung der Aufständischen aus böhmen und sizilianischen Flüchtlingen bestehend, und unter dem Befehle des wackern Generals Ulloa. Bestätigt sich dieses, so erklärt sich daraus um so leichter der Ruf Stellens um Anklage an Piemont und Befestigung um jeden Preis der bourbonischen Dynastie. Nach über einstimmenden Berichten glaubwürdiger Personen ist dies die allgemeine Meinung der Insel."

Spanien.

Madrid, 17. April. [Die Verhaftung des Präsidenten; Verurtheilungen; der Waffenstillstand.] Nach einer Pariser Mittheilung der "R. Z." hat man den Grafen, seinen Bruder und den Diener in dem Hause versteckt gefunden, wo sie sich im Augenblicke des Fiasco's von Ortega aufhielten. Der Graf Montemolin rechnete so sehr auf seinen Erfolg, daß er Befehl gab, seine Wohnung in Neapel zu vermieteten oder, wenn das nicht ginge, die Möbel zu verkaufen. Da auch der famose Bandenführer Rafael Tristany in den Händen der Justiz ist, so fehlt nur noch Ca brera; dieser soll jedoch schon wieder in England angelkommen sein. (Don Carlos, der Bruder des Königs Ferdinand hinterließ drei Söhne, den Infanten Carlos-Luis, den Grafen von Montemolin, der 1808 geboren wurde und mit einer neapolitanischen Prinzessin, der Schwester des verstorbenen Ferdinand II., verheirathet ist, ferner den Infanten Juan Carlos, geboren 1822 und verheirathet mit einer Schwester des verstorbenen Herzogs von Modena, Franz IV., und drittens den Infanten Fernando, der 1824 geboren wurde und noch unverheirathet ist.) — Wie man sagt, hat der Kriegsrath von Tortosa alle Mitschuldigen Ortega's zum Tode verurtheilt, namentlich Elio, Cabrera, Moreno, Sanz u. s. w. — Man glaubt, daß der von O'Donnell abgeschlossene Waffenstillstand verlängert worden ist, da die marokkanischen Bevollmächtigten noch immer nicht in Teuan eintrafen.

Madrid, 20. April. [Teleg. r.] Die Dauer des ganzen marokkanischen Feldzuges wird dem afrikanischen Heere doppelt angerechnet werden. Es genügt, um an dieser Vergünstigung Theil zu nehmen, daß man zwei Monate in Afrika gewesen und sich an zwei Schlachten beteiligt habe. — Die "Gaceta" zeigt an, daß 2. und 3. Korps seien auf Verlangen des Marschalls O'Donnell aufgelöst worden.

Türkei.

Konstantinopel, 14. April. [Kleine Notizen.] Der Marineminister hat angeordnet, daß armierte Dampfer während des griechischen Osterfestes die Ordnung an den Küsten des Bosporus handhaben. — Der Herzog von Brabant hat Abgeordnete des belgischen Handelsstandes empfangen. — Fortan müssen alle Eingaben an die Regierung gestempelt sein.

Smyrna, 13. April. [Teleg. r.] Am 9. d. sind zwischen Chio und Kreta die ersten Telegramme gewechselt worden. Man hofft bis zum Monat Juni d. J. die ganze Linie nach Alexandrien vollendet zu sehen.

Asien.

[Neuestes aus Indien.] Das "India Office" in London hat folgendes Telegramm erhalten: "In Bengal bedeutende Aufregung über die Unruhen zwischen Indigoplantzern und Bauern. Im Bezirk Moradabad wurde eine Faktorei angegriffen. Eine Bill ist vorgelegt, welche den Friedensrichtern Vollmacht gibt Streitigkeiten summarisch zu schlichten, und eine Kommission zur Untersuchung des Indigobauwesens einsetzt. — Das Todesurtheil über Khan Bahadur Khan ist bestätigt. — Sir H. Somerset's Nachfolger im Kommando der Bombay-Armee ist Sir Hugh Rose. — Bourne's versunkener Dampfer ist noch nicht geborgen. — Das Schiff "Lord Raglan" hat auf der Fahrt von Bombay nach Kurradschi an der Küste von Kattywar vollständig Schiffbruch gelitten. Kein Mensch umgekommen.

Amerika.

New York, 3. April. [Der Grenzkrieg in Texas; aus Mexiko.] Am Rio Grande wütet ein erbitterter Grenzkrieg zwischen Mexikanern und Texanern. Cortinas brandschatzt und macht die ganze Umgegend von Brownsville und Matamoras unsicher; die ihn verfolgenden Amerikaner dringen ohne Weiteres in das mexikanische Gebiet ein. Die Vereinigten Staaten-Truppen in jener Gegend sind bedeutend verstärkt worden. Vorläufig sind es noch Plänzlergefechte, die aber sehr leicht zum blutigen Ernst führen können. Gouverneur Houston, der alte Held des texanischen Unabhängigkeitskrieges, rüstet Militärcompagnien von berittenen Jägern gegen die Mexikaner aus. Er kennt das Geschäft und den Dienst, trieb es schon vor 30 Jahren und ist in ähnlicher Weise, von Louisiana und Arkansas aus, Texas von Mexiko los. Jetzt ist wieder Alles reif zum Zusammenstoß; schon wird im Norden die öffentliche Meinung in diesem Siane bearbeitet. Wenn im Augen-

blicke noch keine neuen Provinzen von Mexico losgerissen werden, so liegt der Grund lediglich darin, daß die Sklavenhalter gegenwärtig noch kein neues Land gebrauchen können. Der Preis der Sklaven ist zu hoch, und dann sind diese zu rar. Eine Bevölkerung von 4 Millionen Sklaven reicht nicht hin, ihr Gebiet schon jetzt weiter südlich an den Golf von Mexiko auszudehnen. — Den letzten Nachrichten aus Mexiko zufolge hatten die Liberalen das 4. Kavallerieregiment Miramont's bei Jalapa geschlagen. Auch der liberale General Willalba hatte einen Sieg bei Puebla erfochten. General Publitta, derselben Partei angehörig, belagerte die fünfzig Stunden von der Hauptstadt gelegene Stadt Legarde.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 23. April. [23. Sitzung.] Die Minister Graf Schwerin, Simon und v. Bethmann-Hollweg und mehrere Regierungskommissare sind am Ministrertische. Auf der Tribüne für die Abgeordneten sind sämtliche Mitglieder der polnischen Fraktion anwesend. Der Präsident zeigt an, daß Freiherr v. Buddenbrock der Petitionskommission, Dr. Hering der Budgetkommission zugestellt ist. Die erste Nummer der Tagesordnung bildet der Bericht der 11. Kommission über den Antrag des Fürsten W. Radziwill, betr. die Behandlung des landwirtschaftlichen Kreditwesens des Großherzogthums Posen. Der Berichterstatter Frhr. v. Gaffron betont im engen Anschluß an den Kommissionsbericht, daß in Gemäßigkeit der durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 15. Dezember 1821 bestätigten landwirtschaftlichen Kreditordnung für das Großherzogthum Posen nur auf Güter im Bereich des Großherzogthums, die in den Hypothekenregistern als frei adelige Güter eingetragen sind, bis zur Hälfte des Tarifwertes Pfandbriefe gegeben werden dürfen, deren Zinsfuß 4 Prozent beträgt. Außerdem entrichtet der Schuldner $\frac{1}{4}$ Prozent zu den Verwaltungskosten, und 1 Prozent zur Amortisation, mittelst deren die Pfandbriefschuld in 41 Jahren getilgt wird u. c. Diese Anordnungen genügen nach dem Antrage nicht mehr den heutigen Anforderungen, die Kommission teilt diese Meinung und schlägt vor, den Antrag der Regierung zur Erwagung zu überweisen. — Der Minister des Innern, Graf Schwerin: Ich habe anzuerkennen, daß der Herr Berichterstatter sehr ausführlich und exakt auf die landwirtschaftlichen Kreditvereine eingegangen ist, und Sie wollen erleben, daß es nicht die Schuld der Regierung ist, wenn noch nicht Alles nach Wunsch ausfällt. Ich wiederhole nicht, was ich bereits in der Kommission erklärt habe. — Fürst Radziwill: Mein Antrag steht im nächsten Zusammenhang mit dem Grundsatz der Selbstregierung, den das Haus jederzeit anerkannt hat. Der Redner verfügt, seine Proposition vom christlichen Standpunkt aus zu rechtfertigen. — Graf Bünzki hebt die Wichtigkeit des Antrags hervor; er sei überzeugt, daß das vom Ministerium aufgestellte Suum enique zur Geltung kommen werde.

Graf Schwerin: Es handelt sich wohl nicht um eine Erweiterung der älteren Landshaft; vielmehr kommt es wohl darauf an, ob die neue Serie der Pfandbriefe in die Hand der Landshaft oder in die Hände des Neuen Kreditinstituts kommen soll. Die Regierung glaubt mit wohlwollender Fürsorge der Provinz Posen entgegengekommen zu sein. — Graf Monteton spricht noch und es wird sodann der Antrag der Kommission mit großer Majorität angenommen. (Die Tribünen leeren sich) — Das Haus geht zur Berathung über den Gesetzeswurf, betreffend die Abschätzung der Lehne in Alt-, Vor- und Hinterpommern über. Das Gesetz wird nach den Vorbrüchen der Kommission angenommen, nachdem alle Verbesserungsanträge abgewiesen worden. — Der dritte Theil der Tagesordnung betrifft den Entwurf über die Ablösung der Realitäten in den hohenzollerischen Landen nebst mehreren Petitionen über denselben Gegenstand. In Folge des Brüggemann'schen Antrags wird das Gesetz in die Kommission zurückgewiesen. — Zuletzt wird das Gesetz wegen anderweiter Einrichtung des Amts- und Zeitungsausflusses ohne Diskussion angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag. Tagesordnung: Grundsteuergesetze.

Bericht der Finanzkommission über die allgemeinen Gesichtspunkte, welche bei dem vom Abgeordnetenhaus unter 28. Februar dem Herrenhause zugegangenen vier, die Grundsteuer betr. Gesetzentwürfe u. s. w. die Regelung der Grundsteuer in den Eingängen. (Berichterstatter Dr. v. Meding.) Die Kommission hat sich der Vorberatung dieser Vorlagen in 13 Sitzungen unterzogen, welchen auch der Geh. Ob. Fin. Bitter, der Geh. Fin. Rath Meinecke und der Minister v. Patow beiwohnten. Der Bericht faßt zuerst den Inhalt der Vorlagen in ihren Grundzügen zusammen, giebt die Erläuterungen des Ministers und der Reg. Komm. wieder, welche in der Kommission entwickelt werden und aus den Debatten im andern Hause hinzüglich bekannt sind. Der Minister erklärt schließlich, daß die Regierung ihre Ansicht aufrecht hält, wonach die vier Gesetze ein in sich zusammenhängendes Ganze bilden und nicht wohl getrennt werden können, daß sie aber gern bereit sei, im Einzelnen auf abändernde Vorschläge einzugehen, wenn nur der beabsichtigte Zweck im Ganzen erreicht werde. — In der Kommission erkennt man an, daß die definitive Regelung der Grundsteuerfrage wünschbar sei, um endlich den verschiedenen legislativen Verhüttungen einen beruhigenden Abschluß zu geben, daß aber diese Verzögerung das Herrenhaus nicht treffen, weil die Grundsteuerfrage hier zum ersten Male angeregt werde. Was die Sache selbst betrifft, so lassen die Bedenken, welche gegen die Vorlagen in der Kommission gemacht worden sind, sich etwa in folgende Hauptpunkte zusammenfassen, da es unmöglich ist, dem meistens gegliederten Berichte in die Details der Deduktionen zu folgen. Die vorzugsweise Besteuerung des Grundeigenthums sei, wird hervorgehoben, dem Prinzip, wonach die Staatslasten mit völlig gleichen Schultern getragen werden sollen, wie dies Artikel 101 der Verfassungsurkunde vorschreibt, nicht entsprechend, und die höhere Besteuerung kann nicht als ein Akt der Gerechtigkeit und als die nothwendige Vorbereitung zu anderweitigen Erhöhungen der Finanzquellen dargestellt werden. Die Unmöglichkeit der Steuern für die Verminderung der Quellen des Nationalreichtums und die Leichtigkeit, mit den sie getragen werden können, beruht weniger auf dem Prinzip der gleichverteilenden Gerechtigkeit, als darauf, daß die aufgelegte Steuer sich durch die Natur der Dinge selbst auf andere Schultern, als die der ursprünglichen Steuerzahler mit vertheilt, daß sie also ganz oder teilweise und auf verschiedene Art abgewälzt wird; bei der Grundsteuer z. B. durch Anrechnung des Kapitalbetrages beim Kauf und Verkauf. Eine Entwertung des Grundeigenthums würde aber sofort eintreten, wenn die Ansicht zur Geltung käme, daß die Grundstücke im preußischen Staate zur alleinigen oder auch nur vorzugsweisen Nebennahme aller neuen Lasten verpflichten würden, die der Staat nötig haben möchte. Auch die bestehende Verschuldung des Grundeigenthums namentlich in den östlichen Provinzen, selbst zugegeben, daß sie zum Theil durch leichtfinnige Spekulation entstanden sei, macht die Erhöhung der Grundsteuer möglich und ungerecht. — Die Beschwerden aus Schlesien und Sachsen sind nicht gegen die Höhe der Steuer im Allgemeinen, sondern gegen die Fortdauer der Besteuerung von Objekten gerichtet, die nicht mehr existieren. Die Regierung hätte besser gethan, die einmal bestehenden Grundsteuern für unveränderlich zu erklären, daneben aber und unabhängig von der bestehenden Steuer eine mäßige Abgabe von dem gegenwärtigen wirklichen Einkommen zu fordern, eine sogenannte landwirtschaftliche Gewerbesteuer, welche mit Leichtigkeit 1-1/2 Millionen abgeworfen hätte, auch in England längst eingeführt ist. In Anbetracht ferner, daß die Militärorganisation früher oder später eine Vermehrung der Abgaben von 9-10 Mill. jährlich bedingt, müßte man ja grade die Steuerkräfte des Landes schonen, was mit der Steuerausgleichung nicht geschieht. Als Stelle des jetzigen Bausatzes würde bei Ausführung der Maßregel große Unzufriedenheit treten. Nämlich man aber endlich von der allgemeinen Grundsteuerabgleichung Abstand, so würden sich die beiden anderen Maßregeln wahrscheinlich viel leichter und mit einem nicht ganz unbedeutenden Gewinn für die Staatskasse ausführen lassen. Der Bericht läßt sich nunmehr eingehen über das Verhältniß und die Rechte der Rittergüter und die Steuerfreiheit der Bauern aus, weiß nach, daß das politische Ansehen der Rittergüter durch die neuen Steuern um nichts gestärkt werden wird, und daß die Grundaristokratie in Preußen gefund ist und keinen Stärkung bedarf. Gleichwohl muß die Steuerausgleichung geregt werden und zwar jetzt. Die Vorlage, welche diese Frage zu erledigen sucht (Nr. III. und IV.), bleibt einem besondern Berichte vorbehalten.

Was die Gebäudesteuer betrifft, so enthält sie eine nicht unbeträchtliche Steuererhöhung des platten Landes in den östlichen Provinzen, und der Modus, unter dem sie gefordert wird, beruht auf keinem rationellen Prinzip, und es muß gegen denselben auf das Entscheidende protestiert werden; will man sich aber damit begnügen, von dem ländlichen Grundeigenthum einen Beitrag zu den Staatslasten mehr zu verlangen, so wäre die Gebäudesteuer das geeignete Mittel. — Es wird ferner als ein ganz neues Ereignis in der Finanzgesetzgebung bezeichnet, daß man die allgemeine Ausgleichung der Grundsteuer mit allen Konsequenzen festhalten und doch von der Führung des Katasters Abstand nehmen will. So lange aber die Mittel und Wege nicht gefunden sind, um den Reinertrag eines Grundstücks am Rhein und in Elsass, oder in Hinterpommern und in Thüringen, nach einem gleichmäßigen Maßstab abzuschätzen, so lange ist die Bebauung, daß der eine Landestheil jetzt überbürdet, der andere bevorzugt sei, nicht ins Gewicht fallend.

Nach dem Schluß der Generaldiskussion hat die Spezialberatung über Gesetze III. und IV. angefangen, man ist dann auf II. übergegangen und hat mit I. geschlossen. Im Plenum dürfte sich die von der Regierung vorgebrachte Reihe folge für die Berathung empfehlen. Zu §. 1 des Gesetzes Nr. I.; der erste Satz dieses Paragraphen bildet den Kopf des Gebäudesteuergesetzes. Der zweite Absatz, man wird sich dessen erinnern, ist nicht in der Regierung vorlage gewesen und wird abgelehnt, der erste und somit der ganze §. 1 d. h. das Gesetz mit 13 gegen 4 Stimmen verworfen. Der §. 2, also der Kopf der Gesetze III. und IV. wird mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen. Der §. 3 bildet den Kern des Gesetzes und wird mit 13 gegen 4 Stimmen abgelehnt; ebenso §. 4 mit 11 gegen 6 Stimmen. Bei der schließlichen Abstimmung über das ganze Gesetz I. wird dasselbe einstimmig abgelehnt. Das Nähere bei Gelegenheit der Diskussion.

[Bericht über die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer. Berichterstatter: Herr Hasselbach.] In der Kommission machten sich zwei Richtungen geltend; ein Theil der Mitglieder will den Gesetzwurf unter keinen Umständen annehmen, weil es ungerecht sei, die Grundbesitzer auf dem platten Lande mit einer Gebäudesteuer beladen zu wollen; der andere sieht sich außer Stande, denselben zuzustimmen, wenn nicht der Gesetzwurf I. angenommen wird. Der §. 1 also lautet: "Die im §. 1 des Gesetzes vom 1. Januar 1862 in Hebung", wird ohne abgelehnt. Die Abänderungen zu den folgenden Paragraphen werden vorgehoben werden, wenn der §. 1 dennoch im Plenum angenommen werden sollte. Das ganze Gesetz ist mit 16 gegen 3 Stimmen abgelehnt; wobei jedoch 5 Mitglieder ihr ablehnendes Votum aus der Verwerfung des Gesetzes Nr. I. motivieren. Die Regierung hat auch hier wieder erklärt, bei dem dringenden Wunsche beharren zu müssen, daß alle vier Gesetzwürfe zusammen angenommen würden.

Gegeen einzelne Bestimmungen des Realastengesetzes für die hohenzollerischen Lande sind vom erzbischöflichen Ordinariat zu Freiburg in einer besonderen Eingabe an den Kultusminister Bedenken und Vorstellungen geäußert. Die betr. Kommission des Herrenhauses hat diese Eingabe geprüft, findet darin vorgetragene und vom Hause bereits erledigten Einwendungen und beantragt zu erachten.

Haus der Abgeordneten.

Bericht der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Zölle und für das Justizwesen über den Gesetzwurf, betreffend die Abänderung des §. 83 der Steueroordnung vom 8. Februar 1819 und der Declaration vom 6. Okt. 1821. (Berichterstatter: Abg. Starke.) Ohne die historischen Darlegungen der Sache, wie sie der Bericht enthält, folgen zu wollen, mag konstatirt sein, daß das Bedürfnis zur Abänderung der bestehenden Gesetzgebung anerkannt ist, und daß es sich in der Berathung nur darum handelt, zu prüfen, ob der Gesetzwurf die besondere schwer empfundene Konsequenzen der Gesetzgebung und inwieweit er dieselben behebe. Die bisher in so ausgedehntem Maße in Anwendung gebrachte subsidiäre Haft von Seiten des Deutschen, der Brauerei als Gewerbe, Branntweinbrennerei, Weinbau und Tabaksbau betreibt, für sein Dienstpersonal und für seine Familie, hat zu bedenklichen Resultaten geführt; einmal ging in der Regel der wirkliche Defraudant oder Kontravent straflos aus, der subsidiär Verhaftete zahlte ferner ohne allen rechtlichen Grund die Strafe; oft gingen die Denunziationen aus feindlichen Motiven des Thäters gegen den Prinzipal hervor. Die ohnehin schon drückende Gesetzgebung hinsichtlich der Brennerei ist durch die Interpretationen, welche sie durch das Obertribunal in den letzten Decennien erfahren habe, fast unerträglich geworden. Anlagen und Verurtheilungen von fast maßlosen Beträgen sind erfolgt, und wenn auch die Steuerbehörde in den meisten Fällen eine Ermäßigung der Strafe habe eingetreten lassen, so muß doch gerade dieser Umstand dazu führen, daß die Achtung vor dem Gesetz und der erkennenden Behörde verloren geht, während andererseits der beaufsichtigende Steuerbeamte in einen Konflikt zwischen seiner Amtspflicht und seinem menschlichen Gefühl kommt. Nach den Ansichten der Regierung, wie der Kommission, ist ein einfaches Zurückgehen auf die Bestimmungen vom 8. Februar 1819 und unter Aufhebung der Declaration vom 6. Okt. 1821 unzulässig; nach den vorliegenden Bestimmungen aber geht der eigentlich Schuldige nicht mehr straflos aus, da der Geldbuße im Unvermögensfall substitutierte Freiheitsstrafe folglich an dem Schuldigen vollstreckt werden kann. In der Kommission war man mehrereer nicht damit einverstanden, daß die Entscheidung der Frage, ob die Strafe an dem subsidiär Verhafteten vollstreckt sei, auch fernerhin von dem diskretionären Befinden der Steuerbehörde abhänge, und daß hier eine Lücke in dem Gesetzwurf geblieben sei. Es werde so die Entscheidung in die Hand der als Anklägerin auftretenden Behörde gelegt; es sei ferner eine Anomalie, daß der eigentlich Schuldige auf richterliches Urtheil provocieren während der subsidiär Verhaftete dieses Recht nicht habe. In Folge aller dieser Ausstellungen ist denn auch der Entwurf wesentlich modifiziert aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen. Der Paragraph, welcher nun die Aufhebung des §. 83 und der Declaration von 1821 auspricht, giebt zu einem Einwande Veranlassung; dagegen werden den §§. 2 und 3, welche die bereits bestandenen Bestimmungen enthalten, verschiedene Verbesserungsanträge entgegengestellt; die beiden hauptsächlichsten lassen zwar die subsidiäre Verhaftung als solche bestehen, beide wollen aber dem subsidiär Verhafteten die Möglichkeit schaffen, die Wirkungen der subsidiären Verhaftung durch einen Beweis der Negativ abzuwenden. Das Gesetz, nicht das Erneissen der Steuerbehörde müßte die subsidiäre Haft regeln. Die Regierung und mit ihr meistere Kommissionmitglieder haben dagegen hervor, daß der Beweis der Negativ fast nie zu führen sei, und daß in der Praxis der Richter oft in Verlegenheit gerathen würde, denn bei der subsidiär Verhaftung sei eben nicht von juristischen Prinzipien auszugehen, wie hier nicht bestimmte Thatthaten, sondern Verhafteten, entweder wären, worauf erwidert wurde, daß von dieser Verhaftung auch die Steuerbehörde nicht frei sein möge. Die neu formulierten §§. 2 und 3 werden schließlich mit 17 gegen 11 Stimmen angenommen. Es wird ferner wegen derselben Gesetzesverlezung gegen Mehrere als Thäter eine Geldbuße erkannt worden, von dem subsidiär Verhafteten, sofern er nicht als Teilnehmer oder Mitverheber zu bestrafen ist, die erkannte Geldbuße nur einmal, und zwar mit dem höchsten der bekannten Beträgen, nicht aber mit dem gesamten Betrag, der gegen die einzelnen Thäter festgesetzten Geldbuße eingezogen werden kann. Dieser Paragraph wird mit 17 gegen 11 Stimmen angenommen. Die §§. 3 und 4, jetzt 4 und 5, geben zu keiner Erörterung Anlaß und schließlich empfiehlt die Majorität der Kommission das ganze Gesetz zur Annahme.

deren Beaufsichtigung und richtige Anleitung außerdem noch 6 Unterinspektoren berufen werden sollen. Nachstndem hat auch noch der Oberfeldherr der gesammelten englischen Landmacht die Seitens der Londoner freiwilligen Schzen-Bri- gade auf ihn gefallene Wahl als Chef derselben angenommen. — Für dies laufende Jahr ist die Stärke der gesamten königl. grobritannischen Armee auf 235,352 Mann festgestellt worden, wobei indes nach altenglischem Gebrauch die Artillerie, das Genie- und Trainwesen nicht mit inbegriffen, und wovon 143,362 Mann für Indien und die sonstigen Kolonien bestimmt sind, 128,851 Mann, dabei 12,300 Mann Kavallerie, aber in den drei vereinigten Königreichen in Garnison verblieben. Es erhltt beiläufig aus den Angaben der englischen Blätter nicht, ob die bereits seit dem ilichen Aufstand in Dienst gestellten 25,000 Mann Mlizen in dieser letzten Zahl mit inbegriffen sind, oder wie sonst gewohntlich auerhalb des Heeresanschlags gerechnet werden müssen. Das Expeditionskorps nach China wird nach den letzten sicheren Angaben folgendermaen zusammengestellt sein: 3, 31, 44, 56, 66, 67, 87, und 99. Bataillone des 1. Dragoon-Garde-Regiments (nur nominelle Garden), 2 Schwadronen des 1. Dragoon-Garde-Regiments (nur nominelle Garden), 8, 11, 15, und 19. eingeborenes Regiment von Bengalen oder jetzt des Pendjab, 3, 5, und zwei leichte irreguläre Regimenter von Bombay und 21. Regiment von Madras, und dazu an Kavallerie das 1. Sikh-Regiment, wie auerdem noch die 14. Brigade der königl. Artillerie, 3 Batterien, davon zwei mit Armstronggeschitzen, und 6 Batterien und Kompanien der eingeborenen Artillerie, nebst 5 Pionier-Kompanien, wovon 2 des königl. Ingenieurkorps. Die Strmezahl dieser Streitmacht kann auf etwa 16—18,000 Mann mit 500 Pferden und 54 Feldgeschitzen veranschlagt werden. — Nach den darüber bekannt gewordenen Beschreibungen sind die neuen, wegen ihrer iersten Wirkung ein groes Aufsehen erregenden Whitworth-Ranonen von rückwärts zu laden und nach hinten offen, wie in ihrer ganzen Länge durchbohrt und geogen. Zum Verhinderen derselben dient am Bodenstück eine sogenannte Verschlussspitze, welche auf das hintere Ende des Rohrs pat, wie eine Kappe auf ein Teleskop. Diese Kappe wird auf das Bodenstück des Rohrs aufgeschraubt, kann aber nie ganz abgenommen werden, sondern arbeitet und dreht sich in einer eisernen Decke, welche durch eine Angel mit der Seite des Bodenstcks zusammen hängt, an dem sie sich wie eine Thür nach der Seite bewegt. Zum Laden wird dann diese Kappe mittels einer auerlich angebrachten Handhabe vom Bodenstück abgeschraubt und zur點kgeschlagen und mittels eines Gewindes nach

einer Seite gedreht, so dass also das Rohr von vorn bis hinten offen ist. Hierauf wird Geschos und Ladung eingebracht und dann die Kappe durch drei Drehungen mit der Handhabe wieder auf das Geschos aufgeschraubt. Das Zündloch steht im Zentrum der Verschlussspitze auf der Wange. Das Rohr selbst ist verhlttnismig dünn und so lang, dass das Geschos innerhalb bei nahe zwei voller Umdrehungen um seine Achse machen muss. Die Projektilen sind dabei einfache Bolzen aus einer Mischung von Antimon und Blei und bei den Hohlgeschosse mit einer Sprengladung versehen. Der Dreipfundner hat trotz seiner Länge (für den Zwlfspundner beträgt dieselbe ier 6 Fuß) doch nur 268 Pf. Rohrgewicht, der Achtzigpfundner wird hingegen zu 80 Zentner Schwere angegeben. — p.

Provinzielles.

ek. Aus dem Posener Kreise, 22. April. [Brand schaden.] Am 18. d. Abends 10 Uhr, brach in dem nur zwei Meilen von Posen entfernten Kirchdorfe Konarzewo Feuer aus. Trotz der schleunigen Hilfe zweier Spritzen griff es mit solcher Gewalt um sich, dass in kurzer Zeit fmmtliche Gebäude einer Wirtschaft, ein herrschaftliches Familienhaus und das Geho des Dorfschmiedes in Flammen lagen. Den nur wenig bewohnten Leuten gelang es kaum, mit dem Leben zu entkommen, und sind ihnen vier Schweine, ein wichtiger Theil ihrer Habe, verbrnt. Eine Frau, welche zur Rettung ihrer Sachen noch einmal in das brennende Haus stärkte, mute es mit den Leben bren, ihr Schwiegerohn, welcher sie retten wollte, konnte nur mit Notth aus dem schon zusammenstrenden Hause entkommen und liegt an den erhaltenen Brandwunden schwer darnieder. Die Entstehungsart des Feuers ist wie gewohntlich unbekannt und für häufigkeit die wahrscheinlichste.

r. Wollstein, 23. April. [Unglckfall; judische Schule in Bomszt; Halsifikate.] Am Dienstag ging ein 9 Jahr alter Knabe in Blumer Hauland, hiesigen Kreises, aufs Feld, um dort zum Bleichen ausgetretete Leinwand zu holen. Unterwegs gesetzte sich zu ihm ein zweijigjriger Knabe aus demselben Orte, den er mit aufs Feld nahm. Wrend der ältere beschäftigt war, spielte der jüngere Knabe an einem halb mit Wasser gefllten Zuber und stärkte Kopf für Kopf in denselben, ohne einen Laut vor sich zu geben. Als jener nach einigen Minuten dies gewahrte, war das Kind bereits eine Leiche. — Die judische Schule in Bomszt entbehrt noch immer des Lehrers, weil die Stelle zu

gering dotirt ist, und die Kinder sind schon seit zwei Jahren ohne allen Unterricht. Die Kombination der judischen mit der evang. oder kath. Schule ist nicht möglich, weil die Schulen voneinander sind, so dass in der unteren Klasse der evang. Schule die Kinder in Vor- und Nachmittagschuler geteilt werden müssen. — Hin und wieder ikultieren noch in hiesiger Gegend falsche Einthalerstcke, die indes jedesmal sofort von den Polizeibehoen in Besitz genommen werden.

Strombericht.

Ohorniker Brücke.

Am 22. April. Kahn Nr. 1706, Schiffer Wilh. Zeuge, und Kahn Nr. 175, Schiffer Aug. Gutsche, beide von Stettin nach Posen mit Gütern; Kahn Nr. 1570, Schiffer Fried. Biele, von Kstrin nach Posen leert; Kahn Nr. 148, Schiffer Ferd. Weine, von Rejitz nach Konin mit Mühlsteinen; Kahn 216, Schiffer Theod. Braudt, von Stettin nach Posen mit Steinlohlen.

Angekommene Fremde.

Bom 24. April.

STERNS HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsb. Frauen v. Sawicka aus Ottorow und v. Sulimirski aus Polen, die Gutsb. v. Kozeborowski aus Piotrowice und v. Brodnicki aus Nieszwistowice.

HOTEL DU NORD. Rittergutsb. v. Kozeborowski aus Jaslin, Kaufmann Leichtentritt aus Berlin, Komtessz. Wlaczynska und Erzieherin Grulein Lake aus Pawlowo.

OEHMIGS HOTEL DE FRANCE. Gutsb. v. Syleki aus Kleparz, Frau Oberstrfer v. Trampczynska aus Santomysl, die Kaufleute Hrtzel aus Kstrin und Matthes aus Schwerin a. W.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Koslaski aus Targowagorka und Golcz aus Cigajz.

SCHWARZER ADLER. Gutsb. v. Esglowksi aus Samter und Partiski. sier Szulinski aus Bromberg.

MYLINS HOTEL DE DRESDE. Frau Gutsb. v. Taczanowska aus Szyplowo, die Kaufleute Gisig und Greiffenstein aus Elverfeld, Mersheim aus Frankfurt a. M., Wagener aus Oels, Schuler aus Wien, Toroty aus Paris, Vogel aus Königsberg, Otto und Wolff aus Berlin.

Inserate und Borsen-Nachrichten.

Die Wasserheil-Anstalt bei der Schweizermuhle, Bielagrund, sachs. Schweiz, welche unter der ärztlichen Leitung des Dr. Herzog steht, wird am 1. Mai wieder eröffnet.

Vaterländische Gener-Ver sicherungs-Gesellschaft in Elberfeld.

Das Protokoll der 39. Generalversammlung betrifft den Jahresbericht und die Wahlen. Der Gesellschaftsstand der Gesellschaft war am 1. Januar 1860 folgender:

Das laufende Versicherungskapital beträgt Thlr. 349,394,469 — Sgr. — Pf. 406,475 3. —

Die Prämien-Reserve beträgt 1859 hatte die Gesellschaft an Brand-

schaden zu tragen 667,635 20 3.

Das Gewerkeleistungs-Kapital der Gesell- schaft beträgt 2,000,000 —

Die Gesellschaft gewahrt nach §. 7 ihrer Bedingungen den Hypothekarforderungen Schutz.

Das Statut der Gesellschaft, deren Bedingungen, die Jahresabschlsse, überhaupt Alles, was

Geschäftsführung und Verfassung betrifft und Interesse für ein verehrtes Publikum haben könnte, liegt bei dem unterzeichneten Haupt-Agenten zur Einsicht offen; auch wird der selbe bereitwillig jede passende Erleichterung bei Verführungen-Einführungen gewahren.

Eduard Mamroth,

Komptoir: Breslauerstrasse Nr. 17.

400 Mutterschafe

stehen auf dem Gute Kloxin bei Bahnhof Dltz zum Verkauf. Abnahme nach der Schur.

Auf dem Dominium Nieder-Heiersdorf bei Schlichtingsheim, unweit der Eisenbahn-Station Fraustadt, stehen 100 Stück schwere Mlt-Schpfe zum Verkauf.

Es sollen auf dem Gute Behle bei Schonlanke, Provinz Po- sen, 1500 Stück Schafswie, wobei unter 300 Stück Bettwie, 650 Mutterschafe, 120 Zeltschafe und 430 Schafe und Hammel aus freier Hand verkauft werden.

Meldungen beim Herrn Administrator Knnert daflst.

Das Dominium.

30 Mastochsen, 200 Masthammel stehen auf der fgl. Domaine Dusznik bei Pinne zum Verkauf.

Zu verpchten ist Wilhelmstrasse Nr. 18 von heute ab der Dünger von 16 Pferden.

Im "eichnen Born", Judenstrasse, ist der Dünger zu verpchten. Näheres daflst.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit heutigem Tage habe ich am hiesigen Platze Markt 94 ein wohl assortiertes Leinen- und Manufakturwaaren-Lager

en gros et en detail

etabliert und empfehle zu auffallend billigen aber festen Preisen

sächsische, schlesische, irische, böhmische Handgarn- und ganz besonders gute Zwirn-Leinen, Gedecke, Stuben-, Kuchen- und Roll-Handtucher, fertige Wäsche, Shirtings, gestreifte und changierte Inlets, Bettdrillich, bunte Bettbezige, Strmpfe, Piqu, Piqu-Bettdecken in Bunt und Weis, Wallis, Cambrids, gemustert und glatt, Battiste, alle Arten von Futterstoffen, eine groe Auswahl von Hosenzeugen, Flanell, Pferdedecken, Sackdrillich, fertige Getreidesacke etc.

Posen, im April 1860.



Salomon Beck,

Markt 94.

Gerichtlicher Ausverkauf.

In Folge Beschluss des königl. Kreisgerichts hier selbst soll das zur Isidor Busch-schen Konkursmasse gehoige, hier am Wilhelmsplatz sub Nr. 16 befindliche Waarenlager, bestehend aus:

Kolonialwaaren aller Art, Cigarren, Rum, Arak, Cognac, Biqueuen, feinen Roth- und Rheinweinen, Champagner, Thee, Apfelsinen und verschiedenen Delikatessen.

zu herabgesetzten Preisen

ausverkauft werden. Indem ich dies zur Kenntnis des geehrten Publikums bringe, bemerke ich, dass der Aus-verkauf schon morgen Mittwoch am 25. d. Mts. beginnt.

Posen, den 24. April 1860.

Lipschitz, einstweiliger Verwalter der Buscheschen Konkursmasse.

Ein Wirtschafts-Inspektor, welcher militrlich, unverheirathet und der polnischen und deutschen Sprache mächtig ist, wird zu Johanns d. J. zu engagieren gesucht. Gehalt 120 Thlr. — freie Station. Frankfurter Briefe unter K. L. Wreschen poste restante.

Ein Kommiss, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, der im Weiswaren- und Seidenbandgeschft bewandert ist, findet ein Engagement bei Moritz Bab, Markt 56.

Geblte Msterinnen (nur solche) im Kleidermachen, können bei gutem Honorar dauernd beschäftigt werden. Schneidermeister B. Levy, Markt 58.

Ein mit den nötigsten Schulkennissen verfeiner junger Mann kann sofort plaziert werden in der Leinen- und Modewaaren-Handelung von T. Munk.

Ausverkauf.

Wegen Aufgabe meines Tuch- und Herrenleider-Geschäfts verkaufe ich smmliche Artikel zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Joachim Mamroth,

Wilhelmsstr. 25, erste Etage.

Eine groe Auswahl verschiedener Kisten stehen zum Verkauf.

Engl. patent. Stärke in 1/1, 1/2 und 1/4 Paketen; beste Weizen-Stratenfrse; echtes Indigo, Victoria- und patent. Wasch-blau empfehlt in feinstter Ware die Handlung von

J. N. Leitgeber, Gerber- und Wasserstraten-Ecke.

Theer-Seife

empfiehlt die Farbenhandlung von Adolph Asch, Schlossstr. 5.

Stralsunder Bratheringe

empfing Jacob Appel, Wilhelmsstrasse Nr. 9, Postseite.

Lachs, Lachs, Lachs. Frisch geruch, fetten Rheinlachs empf. billigst Kletschoff, Krmerstr. 12.

Ich wohne Vorstadt St. Martin Nr. 24. Ich sehe Rosentreter, Schornsteinfegermeister in Posen.

Ein freundliches möbliertes Zimmer ist Mühlenstr. 12, zwei Tr. hoch zu vermieten.

Berlinerstrasse Nr. 14 im Hofe im 2. Stock vom 1. Mai c. ab für einen Herrn eine möblierte Stube zu vermieten.

Eine möbli. Stube ist zu vermieten Wilhelmsstr. 26. A. Bardfeldt.

Eine Wohnung von zwei Stuben und Zubehoen wird zum 15. Mai c. ab zu mietbenen gekauft von Radeck.

Geblte Msterinnen (nur solche) im Kleidermachen, können bei gutem Honorar dauernd beschäftigt werden. Schneidermeister B. Levy, Markt 58.

Ein mit den nötigsten Schulkennissen verfeiner junger Mann kann sofort plaziert werden in der Leinen- und Modewaaren-Handelung von T. Munk.

Nothwendiger Verkauf.

Das den Bürgermeister Anton Ferdinand Wierckleben gehoige, unter Nr. 25 zu Stadt Bromberg belegene Grundstück, abge- probiert und veranschlagt erm. des erforderlichen Bauholzes, welches frei verabfolgt wird, auf über 620 Thlr. 24 Sgr. 10 Pf. in Angriiff genommen und die Ausführung dem Mindest- verkaufsertragen iertragen werden.

Der Magistrat.

Gekanntmachung.

Die folge Umzuges von Posen und Wahl zu unbefoldeten Magistratsmitgliedern, so wie aus gesetzlichen Gründen sind als Stadtver- ordnete ausgediehen,

aus der I. Abtheilung: 1. Herr Apotheker Buisse, gewählt bis ult. 1860, 2. Herr v. Rosenstiel, gewählt bis ult. 1864, 3. Herr Professor Dr. Mller, gewählt bis ult. 1860,

aus der II. Abtheilung: 1. Herr Kaufmann August Wiener, Dauer der Funktion bis ult. 1860, 2. Herr v. Rosenthal, gewählt bis ult. 1864, 3. Herr Professor Dr. Mller, gewählt bis ult. 1860,

aus der III. Abtheilung: 1. Herr Kaufmann August Wiener, Dauer der Funktion bis ult. 1860, 2. Herr v. Rosenthal, gewählt bis ult. 1864, 3. Herr Zimmermeister Seidemann, gewählt bis ult. 1864.

Es ist Seitens der städtischen Behoen be- schlossen worden, Exzesswahlen zu bewirken.

Denzu folge laden wir Sie in der Liste, welche nach unserer Bekanntmachung vom 6. Juli pr. offen gelegen hat, verzeichneten oder nachtrag- lich in Folge erhobener Einwendungen in die- selbe eingetragenen hiesigen Gemeindewhler

